

Sozialdemokratischer Pressedienst

Ansprechender für Korrespondenzen:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telephon: Amt Stargard 4100/4101



Anschrift für Verlag und Redaktion:
Berlin O 20 61, Tel. Nollendorf Platz 6
Telephonamt: Geydowitz

Die Abrechnung erfolgt im Geldverlag.
Der Abnehmer ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gehalten, Abrechnung innerhalb 4 Wochen
nach dem Quartalsabschluss, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 3. Febr. 1933.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Brauner Qualm.

Die Pleite des "Dritten Reiches" von Mecklenburg.

SPD. Am 5. Juni erhielten die Nazis bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Schwerin die absolute Majorität. Es war der Geburtstag des "Dritten Reiches".

Der Rittergutsbesitzer Granzow, Goebbels Schwager, wurde von der "Arbeitspartei" Hitlers als Ministerpräsident gestellt und die Naziredakteure schwelgten in Grössenwahn. Nichts Geringeres sahen sie in dem Wahlergebnis, als "das Walten eines höheren Schicksals"! "Gottes Stimme" habe die Entscheidung gefällt. Mitten im Siegestaumel ertönte die verheissungsvolle Regierungserklärung, dass jetzt alles anders und alles sich zum Besten wenden werde. "Fast klingt es wie ein Märchen", schrieb damals ein Naziblatt, "es kommt die Wirtschaftsankurbelung, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die radikale Steuersenkung, der Bauer wird wieder die Frucht seiner Arbeit und seiner Ernte geniessen, und "der grosse Plan" enthält für die Landarbeiter die Schaffung von 28 000 Siedlungen. Die finanzielle Sicherstellung ist bereits erfolgt!"

Wenige Wochen nach der Wahl kam bereits die kalte Dusche. Granzow musste im Landtag eingestehen, sein Programm könne unter den heftigen Voraussetzungen erst im Laufe von fünfundzwanzig Jahren verwirklicht werden. Die armen Landarbeiter warten heute noch auf den Beginn der Siedlung, und die Arbeitsbeschaffung ist ebenfalls ein schönes Märchen geblieben. Wenn er nicht bis dahin verhungert ist, wird der letzte Erwerbslose im Jahre 1957 wieder Arbeit haben. Einstweilen wächst sie nur dem Gerichtsvollzieher über den Kopf.

Noch ein zweites Wachstum ist zu verzeichnen: das Defizit im Staatshaushalt. Im Oktober betrug es sechs Millionen, im November waren es bereits acht! Dagegen wurde von der Naziregierung ein Damm errichtet: die notverordnete Schlachtsteuer. Da sie nicht genügte, das immer grösser werdende Loch im Staatssäckel zu verstopfen, wurden die ohnehin elend niedrigen Löhne der Forstarbeiter noch mehr gekürzt. Wer geglaubt hatte, dass jetzt wenigstens der Etat ausgeglichen sei, erlebte die bittere Enttäuschung, dass plötzlich von einem Gläubiger ein Konkursantrag gegen den Staat und das Dritte Reich von Mecklenburg gestellt wurde. Jetzt musste der Finanzminister gestehen, die Regierung halte sich ohnehin nur durch prolongierte Wechsel und Kredite über Wasser! Das war zugleich die vollkommene Bankrott-Erklärung der Nazipolitik und Naziwirtschaft!

Trotzdem waren noch Mittel vorhanden, die zum Fenster hinaus geworfen wurden. Der Mecklenburger Nazijugend wurden 1500 Mark gespendet, damit sie zum Hitlertag nach Potsdam fahren konnte. Auch für ähnliche Parteizwecke waren trotz der Pleite noch einige tausend Mark vorhanden. Geld war ferner da für jene neueingestellten Hitlerbeamten, die den freiwilligen Arbeits-

dienst aufziehen sollten. Sie sitzen nun seit Monaten an der gut bemessenen Futterkrippe. Aber das Ergebnis ihrer Tätigkeit ist kläglich. Aus der Polizei sind missliebige Offiziere entfernt und in Pension geschickt, neue Hitlertreue eingestellt. Die Kosten trägt der Staat. Kleinlich war man auch nicht gegen die der Nazi-Partei angehörenden Schauspieler des Staatstheaters. Auch sie gehören zu den Gewinnern des Dritten Reiches. Ihre Bezüge wurden erhöht.

Die selbstverständliche Folge dieser Regierungsmethoden drückt sich in einer Zersetzung des Beamtenkörpers aus. Das Intriguen- und Spitzelsystem und die Günstlingswirtschaft unterminiert selbst die Polizei. Ihre Einrichtungen werden von der SA und der SS zur Ausbildung dieser Bürgerkriegstruppen benützt. Ein Polizist traut dem anderen nicht mehr, unter den Nazi-Offizieren herrscht ein widerwärtiges Angebertum und einer sucht den anderen im Drang nach der besten Futterkrippe beiseite zu stossen. Es hagelt Beförderungen, aber nur für Nazi-Beamte. In Mecklenburg kommt bereits auf je 90 Polizisten ein Major!

Die eigentliche Beförderungsstelle und Oberste Regierung ist die Nazigau-
leitung. Hier drängen und schwänzeln die Postenjäger in Schwärmen. Geld spielt hier keine Rolle, obwohl dem Braunen Haus die Schulden über den Kopf wachsen. "Hitler kommt und zahlt alles", sagen die kleinen SA-Leute. Einstweilen fliesen nur die Spenden der Grossgrundbesitzer, Lebensmittel, Autos usw. Es verzinst sich für die Herren von Ar und Halm. Geldklemme ist das Wahrzeichen des Dritten Reiches und seiner gesamten Einrichtungen. Pfändungen beim Verlag des Nazi-Blattes sind stets fruchtlos. Dafür blieb unwidersprochen, dass der Geschäftsführer des Blattes und SS-Gauleiter wegen einer "Kassenunregelmässigkeit" in Höhe von 50 000 Mark entlassen werden musste.

Auch die Republikaner und die sozialistische Arbeiterbewegung tragen die Spuren der Nazitätigkeit. Der Uebermut der SA kennt keine Grenzen. Sechs Schaufensterattentate auf die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung in Schwerin, Feuerüberfälle auf das Reichsbanner, ein erschossener Reichsbannermann, ein erschossener Stahlhelmann, ein niedergeschossener Reichswehrsoldat, das sind die Merkmale der Nazi-Herrschaft. Zum Lohn erhalten die SA-Leute Waffenscheine und steckbrieflich verfolgte Nazis finden im Mecklenburger Eldorado oft gute Unterkunft.

Sechs Monate Drittes Reich und der Anschauungsunterricht für die Mecklenburger Bevölkerung war so gut, dass die Mehrheit bereits die Nase voll hat. Gründlich hat sich in dieser kurzen Zeit die Stimmung geändert. Immer stärker wird der Unwille im Lande. 50 000 Stimmen Verlust war bereits am 6. November die Quittung. Aus der Nazimehrheit vom 5. Juni war eine Minderheit von 36 % geworden. "Wir können doch nicht zaubern", rief im Landtag entschuldigend der Nazi-herrscher Granzow. Die Pleite ist da! Nichts ist anders geworden, aber alles ist schlimmer! Es gibt bei der grossen Mehrheit der Bevölkerung nur noch eine einzige Sehnsucht und Hoffnung, dass dieses Naziexperiment des Dritten Reiches von Mecklenburg schnellstens zu Ende geht.

SPD. Lübeck, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Proteststreik der Lübecker Arbeiterschaft gegen den Naziterror und gegen die Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Leber ist am Freitag 11 Uhr, nach der Parole der Eisernen Front, durchgeführt worden. Sämtliche Betriebe hatten sich dem Streik angeschlossen. Die Strassenbahnen, die Eisenbahnwerkstätte, die Grossbetriebe und der Hafen wurden restlos stillgelegt. Nirgends ist ein Streikbruchversuch unternommen worden. Die kommunistischen Gegenparolen sind wirkungslos verpufft. Die Stadt wurde nach 11 Uhr von ungeheuren Menschenmassen überflutet. Zu Zwischenfällen ist

es nicht gekommen.

Der verletzte Abgeordnete Leber wurde von den Lübecker Justizbehörden am Freitag immer noch in Haft gehalten! Gegen die Nationalsozialisten, die ihn verfolgt und überfallen haben, ist zwar ein Strafverfahren eingeleitet worden, aber keiner von ihnen ist verhaftet! Die Empörung der Lübecker Arbeiterschaft über dies zweierlei Recht wächst von Stunde zu Stunde!

SPD. Die Berliner Nazileute und mit offiziellen Nazisammlungen betrauten Kaufleute Heinrich Jackei und Heinrich Schulz wurden am Freitag wegen Betrugs, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu dreizehn bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Jackei ist bereits 1930 in Hamburg mit einem Jahr Gefängnis bestraft worden, weil er Sammelgelder zum Volksbegehren der Nazi-Partei unterschlagen hat. Trotzdem konnte er auch in Berlin offizielle Sammellisten erhalten. Weil die Konjunktur gut war, gründete er mit seinem Parteifreund Schulz eine G.m.b.H. Es wurde gemeinschaftlich gesammelt. Die hohen Beträge verschwanden in den Taschen der eifrigen Fechter und Erneuerer Deutschlands.

SPD. Karlsruhe, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Im badischen Landtag erklärte am Freitag Staatspräsident Schmitt: Baden werde keine Einmischung der Hitlerregierung in die inneren Verhältnisse des Landes dulden.

Diese energische Zurückweisung durch den Staatspräsidenten war von dem Karlsruher Naziblatt und den übermütig gewordenen Nazi-Abgeordneten provoziert worden. Sie haben mit der Einsetzung eines Reichskommissars in Baden gedroht, weil die Polizei und der Generalstaatsanwalt nicht nach ihren Wünschen tanzen. Mit Ausnahme der Nazis unterstrich der gesamte Landtag die Worte des Staatspräsidenten mit grossem Beifall. Vorher hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Rückert eine scharfe Abrechnung gehalten mit dem Wahlaufwurf der Hitlerregierung und den darin enthaltenen Geschichtsfälschungen.

SPD. Köln, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Rheinprovinz ist die gesamte kommunistische Presse verboten worden. Im Regierungsbezirk Düsseldorf lautet das Verbot auf vier Wochen, in den anderen Regierungsbezirken auf 14 Tage.

SPD. Nazi-Frick, der noch immer die Stellung als Reichsminister des Inneren mit der des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses für vereinbar hält, hat den sozialdemokratischen Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses mit der Mitteilung beantwortet, er werde bei den übrigen Mitgliedern feststellen, ob eine Mehrheit für den Einberufungsantrag vorhanden sei. "Bei der Kürze der für den Wahlkampf zur Verfügung stehenden Zeit", so fügt Herr Frick hinzu, "ist es mir zweifelhaft, ob nicht die Mehrheit der Ausschuss-Mitglieder durch die Wahlvorbereitungen so in Anspruch genommen ist, dass sie an der beantragten Sitzung nur schwer teilnehmen können."

Dazu ist zweierlei zu bemerken: Einmal ist dem Auswärtigen wie dem sogenannten Ueberwachungsausschuss seine besondere Stellung durch die Verfassung deshalb gewährt worden, weil seine Arbeit auch "ausserhalb der Tagung des

Reichstags und nach der Beendigung der Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstags" für notwendig gehalten wurde. Wer als Mitglied in den Ausschuss eintritt, übernimmt damit auch die Verpflichtung, für Sitzungen während einer Wahlkampagne zur Verfügung zu stehen.

Ausserdem hat Herr Dr. Frick in der letzten Woche, als Zweifel über den Termin geäußert wurden, an dem der Ausschuss die noch unerledigten Punkte seiner Tagesordnung behandeln solle, die feierliche Versicherung abgegeben, er werde die Wiedereinberufung für den denkbar frühesten Zeitpunkt vornehmen.

Man wird es uns unter diesen Umständen nicht verargen können, wenn wir die Vermutung aussprechen, dass der Reichsminister Dr. Frick Rücksichten nimmt, die dem Ausschussvorsitzenden Frick fernliegen müssten. Dem Mitglied des Kabinetts scheint es bedenklich, eine Aussprache über die auswärtige Politik herbeiführen zu helfen.

Da leider auch das Zentrum sich dem sozialdemokratischen Antrag nicht anschliessen gedenkt, wird eine Sitzung nicht zustande kommen. Die Regierung Hitler und ihr Aussenminister werden also vor der Wahl auf lästige und vielleicht peinliche Fragen keine Auskunft zu geben brauchen.

SPD. Hamburg, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Schüsse des Nazibeamten Ast in der Bahnmeisterei von Harburg-Wilhelmsburg haben ein zweites Todesopfer gefordert. Der schwerverletzte Reichsbahnbeamte Franke ist ebenfalls gestorben.

Franke war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, ebenso wie der von dem Nazimörder Ast sofort getötete Beamte Sasse, der irrtümlich als Mitglied des Stahlhelms bezeichnet worden ist. Unter der Beamtenschaft und in der Bevölkerung hat die Bluttat tiefsten Abschau und Empörung hervorgerufen.

SPD. In dem Organ des Reichsarbeitsministers und Stahlhelmführers Seldte "Der Stahlhelm" steht zur Reichstagsauflösung zu lesen, "dass die Wahl am 5. März die unwiderruflich letzte ist und nach ihrer Beendigung die Aufbauarbeit mit aller Energie beginnen wird."

Zwei Fälle sind nach dem 5. März möglich: entweder die sogenannte nationale Rechte, die in dem Kabinett vereinigt ist, erhält eine Mehrheit. Dann wird die Regierung das Ergebnis als ein Vertrauensvotum auffassen, das sie der Notwendigkeit der Arbeit mit dem Parlament enthebt. Oder was das weitaus wahrscheinlichere ist, diese Mehrheit kommt nicht zustande, dann wird der Reichstag gewaltsam ausgeschaltet. Einen anderen Sinn können die Worte des "Stahlhelm" nicht haben.

Was ein solcher offener Verfassungsbruch bedeuten und welche Folgen er haben würde, braucht nicht gesagt zu werden. Aber wir fragen: ist der Reichspräsident mit diesen Plänen einverstanden? Hat er seine Einwilligung bereits gegeben, oder ist man seiner Zustimmung sicher. Herr v. Hindenburg hat sich bei mehr als einer Gelegenheit als den Hüter der Verfassung bezeichnet. Er hat beispielsweise vor der Bildung des Kabinetts Papen, als die Abgeordneten Wels und Breitscheid bei ihm Bedenken wegen der weiteren Entwicklung der Dinge äusserten, mit Nachdruck erklärt, dass er mit seiner Person und seiner Vergangenheit ein Bürge für die Aufrechterhaltung der Verfassung sei. Hoffen die derzeitigen Machthaber, den Reichspräsidenten zum Wortbruch verleiten zu können?

Indessen mag der "Stahlhelm" mit seiner offenen Ankündigung des Staatsstreichts auch noch einen anderen Zweck verfolgen. Wenn diese Wahl die letzte

ist und wenn nach ihr das Volk zur Einflusslosigkeit verdammt werden soll, dann wird, so rechnet man, in der Wählerschaft, die nicht zu Hitler und Hugenberg steht, eine resignierte Stimmung Platz greifen, in der viele den Gang zur Urne für sinnlos halten. Damit würden die Aussichten für die Regierung wachsen.

Bei der organisierten Arbeiterschaft ist es selbstverständlich, dass sie in diese Falle nicht treten wird. Aber wir warnen alle vor einer Verzweiflungsstimmung, die nur der Reaktion Vorteil bringen würde. Kein Gegner des Regimes, das über uns gekommen ist, darf am 5. März zu Hause bleiben! Je mehr Stimmen gegen das Kabinett Hitler und vor allem für die Sozialdemokratie abgegeben werden, um so grösser ist die Gewähr, dass sich die dunklen Pläne derer, die den Verfassungsbruch betreiben, nicht verwirklichen werden.

SPD. Karlsruhe, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Der badische Landtag verabschiedete am Freitag ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Das Programm umfasst den Bau zweier Rheinbrücken, den Neubau der Universitätskliniken in Heidelberg und Freiburg, Strassenbauten, Meliorationen, Flussskorrekturen, Arbeiten bei der Reichspost und bei der Reichsbahn. Insgesamt erfordern die geplanten Arbeiten einschliesslich der von den Gemeinden aufgestellten Arbeitsplänen einen Betrag von rund 50 Millionen Mark.

SPD. Das rheinische Zentrumsblatt, die "Kölnische Volkszeitung", schreibt zu dem Aufruf des Wunderdoktors in der Reichskanzlei an das deutsche Volk u.a.:

"Hitlers Aufruf hat den wilden Agitatoren im Lande draussen Stichworte gegeben, die im Munde eines verantwortlichen, nationalen Kanzlers ungeheuerlich sind. Dreimal wurde dieser Aufruf im Radio wiederholt. Seine Entstellungen, Beleidigungen und Kampfparolen werden dadurch nicht wahrer. Wer im politischen Kampf so hohe Worte anzuwenden wagt, wie sie der Schlusssatz vom allmächtigen Gott enthält, dessen erste Pflicht wäre es, seine Sprache zu zügeln, der Wahrheit Zeugnis zu geben und die Ehre des Nächsten zu achten. Wir, die wir vierzehn Jahre lang an die Galeere der Pflicht angeschmiedet dem Wiederaufstieg unserer im Weltkrieg niedergedrückten Nation dienen, empfinden diesen Aufruf als eine Ungeheuerlichkeit, deren Grösse nur noch überboten wird durch die unrichtige Behauptung in der amtlichen Verlautbarung über die Auflösung des Reichstags, gegen die Zentrum und Bayerische Volkspartei berechtigten Protest beim Reichspräsidenten eingelegt haben."

An anderer Stelle schreibt das Blatt: "Der Aufruf ist ein Wahlplakat, das alle Anforderungen rechtschaffen erfüllt, die man an ein solches Dokument stellen kann. Die gesamte Arbeit des letzten Jahrzehnts wird mit leichter Hand auf den Schutthaufen geworfen, und selbst Aktivposten von der Bedeutung der Rheinlandräumung und der Beseitigung der Reparationen verfallen ohne viel Bedenken dem Braunstift. Die "November-Parteien" sollen 14 Jahre lang Deutschland ruiniert haben, wobei wiederum einige Kleinigkeiten übersehen werden, so die Tatsache, dass seit acht Jahren kein anderer als Reichspräsident von Hindenburg die Führung dieser angeblichen Misswirtschaft hat, dass die Deutschen nationalen fast vier Jahre in der Regierung verantwortlich an der Herbeiführung des Trümmerhaufens mitgearbeitet haben, und dass einer der Unterzeichner, Herr von Papen, 13 Jahre lang (von 14) in einer "November-Partei" treu und brav gesessen und zahlreiche Anträge gegen sozialdemokratische Minister mit abgelehnt hat. Aber tönende Worte sind schliesslich notwendig in einem Aufruf, der sachlich nicht geeignet ist, hochgespannte Erwartungen zu erfüllen und als einzige Tat ein ausländisches Beispiel kopiert."

SPD. Jahrelang haben Hitlers SA-Bataillone gegrölt: "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen". Sie propagierten zugleich die Zerreissung der Fesseln des Versailler Vertrages, die Rückeroberung des Korridors, Danzigs und Ostoberschlesiens, den unerschrockenen Kampf für das Deutschtum jenseits der Grenzen, die Streichung aller Reparationsschulden, den Austritt aus dem Völkerbund, die Wehrhoheit und volle Wehrfreiheit für Deutschland, unbekümmert um die Zwangsbestimmungen des Friedensvertrages, die Rückgabe sämtliche Kolonien und ähnliche heldenhaften Forderungen mehr.

Inzwischen ist Hitler in die "Amtlichkeit" gestiegen. Er hat die langsehnte Führung der Reichspolitik übernommen. Die Zeit der grossen Kampfansätze wäre gekommen. Aber was erleben wir? Als Aussenminister sitzt jener Freiherr von Neurath in seiner Regierung, gegen den noch vor kurzem der "Völkische Beobachter", für den Hitler auch jetzt noch als Herausgeber zeichnet, die schärfsten Töne wegen seines Versagens in Genf anschlug und gegen den erst vor zwei Wochen die nationalsozialistischen Mitglieder im Auswärtigen Ausschuss Misstrauensanträge einbrachten! Mit der Reichskanzlerschaft Hitlers gehörte der vorher vielbefehdete Neurath plötzlich wieder zu den "nationalen" Männern. Seine Politik, der man bisher mit tiefstem Misstrauen gegenüberstand, war auf einmal die Politik Hitlers. Und damit es das In- und Ausland glaubte, mussten die offiziellen Nachrichtenbüros beruhigende Pressestimmen der Art verbreiten, dass Neuraths Verbleiben die Kontinuität der Aussenpolitik sichert.

Auf den gleichen Ton war der dürftige aussenpolitische Teil des "Wahlaufrufs" an das deutsche Volk gestimmt. Nicht eine der unzähligen Phrasen, die Hitler und Konsorten in den letzten Jahren über und gegen die Feinde Deutschlands verzapft haben, ist in ihm wiederzufinden. Man begnügte sich mit der bescheidenen Feststellung, dass es die höchste Pflicht der Regierung sein werde "die Lebensrechte des deutschen Volkes" zu verteidigen. Eine so dürftige "programmatische" Erklärung über Deutschlands Aussenpolitik ist noch niemals von einer deutschen Regierung abgegeben worden. Wäre es der Fall gewesen, das Geschrei derer, die heute in der "Amtlichkeit" sitzen, hätte kein Ende genommen. Abgesehen davon haben Männer wie Stresemann, Hermann Müller und Brüning die Lebensrechte des deutschen Volkes durch Taten und nicht mit dem Mund gesichert, als an einen Hitler als Reichskanzler noch kein Mensch auf dieser Erde dachte. Sie haben das Trümmerfeld, das eine kaiserliche Regierung 1918 hinterliess, mit den "Novemberparteien" aufgeräumt. Sie sind in schwerster Zeit in die Bresche gesprungen, während Hitler aussenpolitische Redensarten verzapfte, die er als Reichskanzler ohne Zagen zum alten Eisen geworfen hat. Deutschland, so versicherte er in seinem Aufruf u.a. noch, würde sich glücklich schätzen, wenn die Abrüstung der anderen ihm die Vermehrung seiner eigenen Rüstungen ersparen würde. Wie vorsichtig, wie diplomatisch! Keine Drohung mit "Konsequenzen", wenn die anderen nicht abrüsteten, keine Verkündung der vollen Gleichberechtigung, die man sich unter Umständen aus eigener Kraft und auf eigene Faust sichern werde, wenn die anderen Mächte sie nicht praktisch gewähren!

Grosse Worte wagt Herr Hitler heute nur noch gegen den "inneren Feind", den "Ausseren" lag er kaum vierundzwanzig Stunden nach seinem Amtsantritt bereits vor den Füßen.

SPD. Halberstadt, 3. Februar (Eig. Draht)
Der Führer der Nazibewegung in Halberstadt, der Stadtbeamte Paul Fischer, wurde bei einem Betrugsversuch gegen das Wohlfahrtsamt ertappt. Er hat sich der Strafe durch Selbstmord entzogen.

Fischer, zuletzt Stadtverwaltungs-Assistent, war vorher Beamter des Wohlfahrtsamtes. In dieser Eigenschaft brandschatzte er wiederholt diese Unterstützungseinrichtung für die Armen durch Unterschlagungen. Als er erwischt wurde, warf er sich unter einen Eisenbahnzug, wobei ihm ein Arm abgefahren wurde. Seitdem markierte er den Kriegsbeschädigten. Der neuste mit Hilfe von Nazifreunden ausgeführte Wohlfahrtsschwindel wurde wiederum entdeckt und brachte das Ende durch Erhängen. Am Mittwoch führte Firscher noch die Siegesdemonstration zu Ehren Hitlers.

SPD. Genf, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Freitag der englische Vertreter Eden jede neue Sicherheitsaktion, wie sie in dem französischen Abrüstungsplan gefordert wird, abgelehnt. Die Garantien aus den bestehenden Verträgen seien wirksam genug, wenn sie innegehalten würden. Regionale Sicherheitsverträge zwischen benachbarten Staaten, nach dem Muster von Locarno, könnten sehr gut die allgemeinen Verträge ergänzen. Das Bedürfnis nach Sicherheit erfordere eine wirksame Rüstungsherabsetzung, die eine starke Garantie für den Frieden in Europa darstelle. Die Konferenz habe endlich praktische Abrüstungsergebnisse zu fördern.

Der tschechische Aussenminister Benesch unterstützte den französischen Plan, den er als notwendige Basis für die letzte Phase der Konferenz bezeichnete. Bourquin-Belgien sprach gegen die französischen Vorschläge, soweit sie die qualitative Abrüstung und die internationale Armee betreffen, begrüßte aber die Idee eines für alle europäischen Staaten gleichen Heeres-systems.

SPD. Paris, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Daladier stellte sich am Freitag-Nachmittag dem Parlament vor. In der Kammer verlas der Ministerpräsident die Regierungserklärung. Ihre wichtigsten Stellen lauten:

"Die Regierung muss energisch den materiellen und moralischen Schwierigkeiten die Stirn bieten, die die Wirtschafts- und Finanzkrise in Frankreich wie in allen anderen Ländern hervorgerufen hat. Wir glauben, dass die loyale Ausübung des parlamentarischen Regimes die Bedingung für die notwendige Wiederaufrichtung bleibt. Aber unter der Kontrolle der Vertreter der Nation, die allein souverän ist, muss die republikanische Regierung kräftig und schnell handeln. In diesem Geiste sind wir entschlossen, ohne Zögern ein notwendiges Mindestmass von Reformen durchzuführen. Die sofortige Verabschiedung des Finanzsanierungsplanes, die Genehmigung eines regulären Budgets und ein Arbeitsbeschaffungsplan sind die drei Etappen für die Befreiung des republikanischen Staates, die wir ihnen vorschlagen. Unser Finanzprojekt, das der Steu-erkräft der Produzenten Rechnung trägt und neue Ersparnisse bringt, das eine gerechte Verteilung der Steuern und eine Herabsetzung der Ausgaben enthält, ermächtigt uns, von allen Bürgern einen gerechten Anteil an Opfern zu fordern. Für das Projekt, das wir am Dienstag in der Kammer einbringen werden, werden wir die volle Verantwortung übernehmen. Die Vertrauensfrage wird für eine schnelle Verabschiedung gestellt werden.

Ueber diese unmittelbaren Aufgaben hinaus hoffen wir, auf der Basis eines wiederherzustellenden Gleichgewichts des Budgets eine Politik einzuleiten, die den gemeinsamen Grundsätzen der grossen demokratischen Parteien entspricht, deren Zusammenarbeit uns erlaubt hätte, eine Regierung nach dem Muster der Linksmehrheit zu bilden, wenn wir nicht durch die Gewissenhaftigkeit einer exakten Loyalität gezwungen worden wären, unsere Verpflichtungen auf die

Möglichkeiten der unsicheren Gegenwart zu beschränken. Wenn die unmittelbaren Schwierigkeiten überwunden sind, werden wir das Recht haben, eine Kontrolle der Nation über die Unternehmungen von allgemeinem Interesse einzurichten.

Auf internationalem Gebiet wollen wir gleichfalls so schnell wie möglich handeln. Unsere Aussenpolitik ist durch folgende zwei Ausdrücke gekennzeichnet: Sorge um unser republikanisches Vaterland, Sorge um den internationalen Frieden. Wir wünschen die Sicherheit, und zwar für alle Völker, die, um gleiche Rechte zu besitzen, auch die gleichen Pflichten übernehmen müssen. Ohne Sicherheit ist kein Vertrauen in der Welt, keine wirtschaftliche Wiederaufrichtung, nicht einmal ein annehmbarer Abrüstungsplan und noch weniger ein allgemeiner Schiedsgerichtsplan denkbar. Ebenso wie an der Abrüstungskonferenz, auf der wir die Thesen unserer Vorgänger verteidigen, werden wir an der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen. In demselben Geiste der internationalen Brüderlichkeit werden wir die Bedingungen für den wirtschaftlichen Frieden mit den geringsten gegenseitigen Benachteiligungen und die Modalitäten eines wahren Friedens mit den geringsten Kosten an Waffen festzustellen suchen. Mit allen befreundeten Nationen und mit allen Mächten guten Willens wünschen wir immer engere und vertrauensvollere Beziehungen in dem gegenseitigen Respekt der Einrichtungen anzuknüpfen oder wiederanzuknüpfen.

Weil wir in vollem Sinne des Wortes Demokraten sind, wünschen wir, dass die Demokratie ihre volle Kraft entwickelt und dass sie ein Regime der Autorität wird, in dem das Recht immer zu befolgen ist. Ihre Aufgabe ist es, zu erklären, ob wir würdig sind, sich an unsere Seite zu stellen, damit wir unsere Pflicht erfüllen, mit der uns die Republik beauftragt hat."

Die Regierungserklärung wurde im allgemeinen kühl aufgenommen. Die Radikalen applaudierten mehrmals, an einigen Stellen beteiligte sich auch die Mitte und am Schluss ein Teil der Sozialisten an dem Beifall.

SPD. Der "Vorwärts", das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, ist auf drei Tage verboten worden. Nach der Notverordnung vom 19. Dezember 1932 ist ein Zeitungsverbot nur möglich, wenn der Tatbestand des Hochverrats gegeben ist. Die Begründung dieses Verbots erblickt den Tatbestand des Hochverrats in den letzten beiden Absätzen des Wahlaufrufs des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei.

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg nennt ~~das~~ an das Volk, sein staatsbürgerliches Selbstbestimmungsrecht zu schützen, "Hochverrat" gegen die Verfassung der demokratischen Republik von Weimar! Diese Regierung gegen die stärkste Verfassungspartei der Republik mit der Beschuldigung des Hochverrats!

Enteignung des Grossgrundbesitzes, Enteignung der Schwerindustrie - diese Forderungen des sozialdemokratischen Wahlaufrufs sollen den Tatbestand des Hochverrats erfüllen! Im Artikel 153 der Verfassung heisst es:

"Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt."

Dieser Verfassungsartikel lässt sich nicht ohne weiteres ausschalten, auch wenn die Osthilfenehmer des ostelbischen Feudaladels und die Schwerindustriellen es gerne möchten! Im übrigen ist dies Verbot und seine Begründung eine glänzende Illustration dafür, wie die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg das nationalsozialistische Programm auszuführen gedenkt!

In den Sätzen, die als "hochverräterisch" bezeichnet werden, finden sich Worte wie "die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht". Diese Worte stammen bekanntlich vom Reichspropagandaleiter der Partei des Reichskanzlers

Adolf Hitler!

Der Sinn des Verbots ist klar! Das System Papen-Hugenberg-Hitler will Terrorwahlen durchführen! Es wird damit nicht auf seine Rechnung kommen! Jeder Sozialdemokrat, jeder freiheitsliebende Republikaner wird darauf antworten: nun erst recht! nun erst recht am 5. März gegen dies System für die Sozialdemokratie!

SPD. Am Sonnabend wird sich der Preussische Landtag mit dem nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Preussenparlaments beschäftigen. Inzwischen ist der Antrag dahin abgeändert worden, dass er nicht sofort, sondern erst mit dem 4. März, also einen Tag vor den Neuwahlen, in Kraft treten soll. Bis dahin benötigen die Herren Nazi-Abgeordneten noch die Freifahrt-Karten!

Ob der nationalsozialistische Antrag angenommen wird, ist bisher noch zweifelhaft. Die Kommunisten verweigern über ihre Taktik jede Meinungsäußerung. Wahrscheinlich wissen sie bis jetzt selbst noch nicht, ob sie den Nationalsozialisten ins Garn gehen sollen oder nicht. Zuzutrauen ist ihnen alles. Zuzutrauen ist ihnen auch, dass sie die Nationalsozialisten für die Haus-suchungen in ihrem Sekretariat und das Verbot ihrer Zeitungen in Preussen mit ihrer Zustimmung zur Auflösung des preussischen Landtags belohnen. Die Kommunisten haben bisher nur die Geschäfte des Faschismus besorgt. Warum diesmal nicht?

Was geschieht, wenn der Landtag dem nationalsozialistischen Antrag nicht zustimmt, ob die Reichsregierung oder die Kommissare einen neuen Streich wagen oder nicht, ist bisher ebenfalls noch zweifelhaft. Allerdings scheint die Absicht, den preussischen Ministerpräsidenten in dem Dreimänner-Kollegium, das von sich aus über die Auflösung des Landtags entscheiden kann, durch den Preussenkommissar von Papen zu ersetzen, endgültig aufgegeben zu sein; denn der Nazi-Präsident des Landtags hat dieses Kollegium mit Braun für Sonnabend-Nachmittag zu einer Sitzung eingeladen. Danach setzen die Nationalsozialisten auf ihre kommunistischen Helfershelfer keine grossen Hoffnungen. Aber dass ihnen das Dreimänner-Kollegium mit dem Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer als Präsident des Staatsrats und Otto Braun den Gefallen der Auflösung des Landtags tun könnte, ist nicht anzunehmen. Adenauer und Braun werden gegen die Auflösung des Landtags stimmen.

Was dann? Man spricht davon, dass in diesem Falle der Preussenkommissar von Papen eine Auflösung des Landtags auf Grund der Dietramszeller Sparverordnung des Reichspräsidenten verfügen werde und zwar mit der Begründung, dass der Landtag arbeitsunfähig und seine Auflösung zum Zwecke der Neuwahl aus Ersparnisgründen notwendig sei. Diese Rechtskonstruktion würde ebenso hinken, wie eine Auflösung des Landtags auf Grund irgend eines anderen Paragraphen der Verfassung, einer Verordnung oder eines Gesetzes. Aber wie bei den Kommunisten, so ist auch bei den gegenwärtigen Machthabern alles möglich. Was heisst Recht, wenn man die Macht hat? Jedenfalls muss man damit rechnen, dass der preussische Landtag noch am Sonnabend oder zu Beginn der kommenden Woche unter Umständen für aufgelöst erklärt wird, für die es eine rechtliche Basis nicht gibt.

+ + +
Der Plan der Hitler-Regierung und Kommissare, nach dem Landtag zugleich am 12. März auch die Provinziallandtage, Kreistage und Gemeindeparlamente neuwahlen zu lassen, nimmt immer festere Formen an. Die Auflösung dieser Parlamente und deren Neuwahlen soll auf Grund einer Verfügung der Kommissare erfolgen. Auch für eine derartige generelle Verfügung der Kommissariate-Regierung gibt es keine Rechtsbasis. Die Auflösung der Provinzial-, Kreis- und Gemeinde-Parlamente ist nur durch die ordentliche Gesetzgebung, d.h. durch das Parlament möglich.

SPD. Wien, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die österreichische Regierung hat am Freitag aus Rache über die Enthüllungen der "Arbeiter-Zeitung" über die Hirtenberger Waffenschiebungen eine Waffensuche in mehreren österreichischen sozialdemokratischen Gemeinden veranstaltet.

In der grossen niederösterreichischen Industriestadt Wiener-Neustadt drangen schon am frühen Morgen Gendarmerie und Militär in das Arbeiterheim und in andere Gebäude ein und durchsuchten die Häuser bis in den späten Nachmittag. Es fielen ihnen sieben Maschinengewehre, einige Munition und mehrere alte Waffenbestandteile in die Hände. Die Waffen lagen dort seit vielen Jahren mit Wissen der Regierung. Sie waren der Arbeiterschaft zur Verteidigung des Burgenlandes gegen Ungarn anvertraut worden.

Diese heiltückische Waffensuche hat in Wien die grösste Empörung erregt. Sie fand am Freitag in Wien in einer Sitzung des Finanzausschusses des Nationalrats ihren Ausdruck. Der sozialdemokratische Nationalrat Deutsch gab als Antwort auf die Aktion der Regierung Aufsehen erregende Enthüllungen über die Hirtenberger Waffenschiebungen. Er erklärte: "Nach dem Vorgehen der Regierung, kann uns nichts mehr daran hindern, die Wahrheit über Hirtenberg zu sagen. Ich erkläre, dass die Auskünfte, die der österreichische Bundeskanzler den Vertretern der ausländischen Regierungen über Hirtenberg gegeben hat, falsch waren. Dollfuss sagte, dass die Waffen dort längst weggeschafft seien. In Wirklichkeit liegen noch zehntausende von Gewehren unter Bewachung der Heimwehr dort und werden ständig mit Flugzeugen und Automobilen nach Ungarn geschafft. Die Waffensuche in Wiener-Neustadt hatte keinen anderen Zweck, als systematisch alle Arbeiterstädte und Gemeinden, die auf der Stasse nach Ungarn liegen, zu entwaffnen, um damit den Transport von Waffen nach Ungarn freizumachen. Dieser Plan geht zweifellos vom österreichischen Sicherheitsminister Fey aus, der ein Führer der Heimwehr und bekannter Monarchist ist und alles Interesse daran hat, dem monarchistischen Ungarn Waffen zuzuschmuggeln."

Nach der Rede Deutschs sprach Otto Bauer. Er erklärte, die gegenwärtige Regierung dürfe nicht länger im Amt bleiben. Er verlangte, dass der Nationalrat, der längst seine Auflösung beschlossen habe, auseinandergehe und so rasch als möglich Neuwahlen ausgeschrieben werden.

SPD. Bukarest, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Die blutigen Unruhen im Petroleumgebiet von Ploeschti sind nach einem Aufruf der sozialdemokratischen Partei eine Folge der furchtbaren Not und der Ausbeutung der Petroleumarbeiter. In den Raffinerien herrsche Diktatur und Terror schlimmster Art. Die zahlreichen Entlassungen infolge des Pariser Erdölabkommens hätten eine Atmosphäre der Verzweiflung unter der Arbeiterschaft erzeugt, erhöht durch den von den Behörden stillschweigend geduldeten Tarifbruch. Die volle Verantwortung für die blutigen Zusammenstösse falle auf die Unternehmer und die Behörden.

SPD. Eine am Freitagabend in Berlin vorgesehene öffentliche Versammlung der Deutschen Liga für Menschenrechte gegen die Kulturreaktion wurde kurz vor Beginn polizeilich verboten. Andersdenkende fühlten sich angeblich durch die Reden verletzt, obwohl sie noch garnicht gehalten waren. Die Andersdenkenden waren natürlich Nazis!

SPD. Witten/Ruhr, 3. Februar (Eig. Dr.)

Eine polizeiliche Durchsuchung des nationalsozialistischen Lokals, aus dem am Donnerstag-Abend auf einen sozialdemokratischen Demonstrationzug geschossen worden war, forderte zwei Schusswaffen und zahlreiche Hieb- und Stichwaffen zu Tage. Als der Tat dringend verdächtig sind zwei SA-Leute aus Witten verhaftet.

Der Polizeipräsident von Bochum hat die Umzüge aller Parteien in Witten verboten. Am Freitag wurden fünf Kommunisten wegen Verbreitung illegaler Schriften festgenommen.

SPD. Innerhalb der Hitler-Regierung schweren zurzeit Erwägungen über die Einsetzung von Reichskommissaren in einer Reihe von Ländern mit geschäftsführenden Regierungen. Vor allem werden Hessen und Sachsen genannt.

SPD. Bukarest, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf den dringlichen Antrag des Innenministers hat das rumänische Parlament am Freitag-Abend ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Regierung ermächtigt wird, je nach Zeit und Notwendigkeit den Belagerungszustand über das ganze Land oder einzelne Gebietsteile zu verhängen.

Wie verlautet, soll der Belagerungszustand bereits am Sonnabend über Bukarest und die Petroleumstadt Ploeschti verhängt werden, wo es in den letzten Tagen wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei gekommen ist. Weiter heisst es, dass das Ermächtigungsgesetz unerbittlich gegen die kommunistische Agitation angewandt werden würde, die die Lohnbewegung in einzelnen Gebieten zu parteipolitischen Zwecken missbrauche. Tatsächlich ist das Ermächtigungsgesetz auf das Treiben scharfmacherischer Arbeitgeberkreise zurückzuführen, deren Einfluss auf die nationalsozialistische Regierung immer grösser wird. In Ploeschti wurden inzwischen durch das Arbeitsinspektorat die Büros der lokalen freien und unabhängigen Gewerkschaftsorgane geschlossen. Die sozialdemokratische Parlamentsfraktion wird deshalb in der Kammer eine Interpellation einbringen.

SPD. Weimar, 3. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Naziminister Sauckel hat in einem Rundschreiben an die Kreis- und Gemeindeverwaltungen das Hissen von roten Fahnen der sozialistischen Arbeiterbewegung auf Staats- und Kommunalgebäuden als rechtswidrig bezeichnet.

Diese roten Fahnen mit oder ohne Abzeichen seien ein Zeichen von Bestrebungen, die auf den Klassenkampf oder den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung abzielen. Deshalb müssten sie sofort beseitigt werden. Rote Hakenkreuzfahnen auf den Rathäusern mit Nazimehrheiten dürfen jedoch hängen bleiben. Sauckel ohne Furcht und Tadel scheut nicht vor dem roten Tuch, aber vor den drei Pfeilen.

SPD. Am Freitag wurde in Berlin ein am Bahnhof Friedrichstrasse stehender Händler von republikanischen Wochenzeitungen von einem Nationalsozialisten überfallen und niedergestochen. Der Reichsbannermann wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Der Täter ist festgenommen.



Künstliche Gehirne!

Zweiköpfige und fünffüssige Molche - Die überlistete Natur - Hexereien im biologischen Laboratorium.

SPD. Auf dem Schreibtisch des jungen Forschers Dr. Holtfreter im Berliner Kaiser Wilhelm-Institut für Biologie liegt die tausendfach vergrösserte Fotografie eines Molch-Embryos mit zwei Köpfen: wahrhaftig eine Art siamesischer Zwilling unter den Amphibien. In einem Gläschen schwimmt in grünlicher Flüssigkeit ein anderer Molch. Er hat fünf Füsse; der fünfte, sozusagen illegale, sitzt ihm am Bauch. Ein dritter Molch hat zwei Schwänze; der zusätzliche Schwanz krümmt sich aus der Mitte des Rückgrats empor... Sind es "Missgeburten", zufällige Launen der verspielten Natur? Nein - hier werden Lebewesen dieser seltsamen Art künstlich gezüchtet. Der zweite Kopf, das fünfte Bein, das sind keine unberechenbaren, seltenen Zufälle, sondern Resultate jahrzehntelanger Forschungsarbeit und genau auskalkulierter Experimente.

+

Man weiss seit 20 Jahren, dass es möglich ist, die Organbildung bestimmter Tiere willkürlich zu beeinflussen. Aber das Wie und Warum ist noch lange nicht geklärt. Dr. Holtfreter berichtet uns von den Voraussetzungen seiner Experimente: die Teile des erwachsenen Organismus stehen in ständiger wechselseitiger Beziehung - man denke an das Nervensystem und den Blutkreislauf, die durch ihre verbindende Arbeit die Funktion des Ganzen aufrechterhalten. Aber auch der noch nicht ausgebildete, heranwachsende Organismus ist auf solche gegenseitigen Organeinflüsse angewiesen. Man hat nun auch die allerfrühesten, embryonalen Entwicklungsstadien erforscht; dabei hat sich gezeigt, dass die verschiedenen "Keimregionen" - den später sich ausbildenden Körpergegenden entsprechend - untereinander sehr bedeutsame Einflüsse ausüben; Einflüsse, die überhaupt erst zur Herausbildung der einzelnen Organe führen!

Für Experimente, die derartige Zusammenhänge aufdecken sollen, ist der Amphibienkeim am leichtesten zugänglich. Dabei haben sich Resultate ergeben, die dem Laien märchenhaft und phantastisch erscheinen. Beispielsweise konnte experimentell verhindert werden, dass sich ein bestimmtes Organ bildet - dadurch, dass man das zur Organbildung bereitstehende Keimmaterial daran hindert, mit einer anderen Keimregion in Verbindung zu treten. Das Zentralnervensystem etwa entsteht nur dann, wenn die dafür vorgesehene Organ-Anlage auf den "unterlagernden" Keimbezirk, die spätere Rückenmuskulatur, auftritt. Tut sie das nicht, so erhält das Embryo eben kein Zentralnervensystem, und statt dessen bildet sich eine Hautschicht.

+

Nun ging die Forschung noch einen Schritt weiter - zu einer bewussten Vergewaltigung der Natur. Man verpflanzte Teile der unterlagernden Organe, die den Anstoss zur Bildung des Nervensystems geben sollen, an eine beliebige andere Körperstelle unter die zukünftige Hautschicht. Und nun bildete sich hier, also an der ganz verkehrten Stelle ein Nervensystem. Eine ganze Reihe anderer Organe ausser dem Nervensystem ist auf dieselbe Art zu beeinflussen: man kann sie willkürlich an andere Körperteile verpflanzen, ihre Bildung überhaupt verhindern oder sie gar in doppelter Zahl hervorrufen, indem man die

unterlagernden Keimteile entsprechend behandelt.

Jetzt verstehen wir das Rätsel der zweiköpfigen und fünffüssigen Molche schon eher. Holtfreter experimentiert jedoch nicht nur mit lebenden, sondern auch mit abgetöteten Keimen, die teilweise noch tiefergreifende Änderungen hervorriefen. Da entstanden Ansätze zu Gehirn und Rückenmark, künstlich hervorgerufen, und wuchsen sich zu riesigen Gehirnbildungen aus; das neue Gebilde zeigte in vielen Fällen Augen, Nasengruben und andere organische Kennzeichen des Kopfes. Es gelang also ohne weiteres, in besonders gelungenen Fällen Molche mit zwei Köpfen künstlich "herzustellen", und zwar mit toten - gefrorenen, eingetrockneten oder gekochten Keimteilen. Eine seltsame Erscheinung, deren Ursachen noch nicht erforscht sind: der tote Keim enthält wahrscheinlich besondere wirksame Stoffe. Unzählige solcher "Missgeburten" sind Holtfreter schon geglückt; in einer riesigen Kartothek sind sie schriftlich und photographisch festgehalten, soweit sie nicht in Gläschen auf den Regalen stehen....

Die Frage nach dem "Wozu" solcher Experimente bringt den Wissenschaftler stets in Verlegenheit. Seine Arbeit will lediglich Lücken unserer Naturerkenntnis ausfüllen - gleichgültig, welchen praktischen Wert derartige Forschungsergebnisse später einmal haben werden. Und dieser Endeffekt ist nie vorauszusehen; ahnte Heinrich Hertz den Rundfunk, als er seine Theorie der elektrischen Wellen ausarbeitete? Gewiss nicht.

So ist sich über die Zukunft dieser Experimente wenig zu prophezeien. Man hat zwar auch mit anderen Tieren Versuche gemacht - aber das uns am meisten interessierende Tier, der Mensch, ist dafür recht ungeeignet! Das menschliche Embryo ist nämlich in dem erforderlichen Versuchsalter von einem Tag noch unsichtbar und unausgebildet. Der Wahrscheinlichkeit nach müssten allerdings beim menschlichen Embryo die gleichen Resultate zu erzielen sein. Mit erwachsenen Menschen aber das Experiment der künstlichen Organbeeinflussung durchzuführen - ihm also zum Beispiel zwei Köpfe aufzusetzen - das ist ganz unmöglich. "Man müsste", sagt Dr. Holtfreter, "das Kunststück fertigbringen, einen Teil des ausgewachsenen Menschen zum eintägigen Embryo zurückbilden..."

So werden wir also abwarten müssen, bis die Hexenkunststücke der Biologie greifbaren Alltagsnutzen zeigen.

Elia.

Sühne für Arztmord! Das Kölner Schwurgericht verurteilte die 25 Jahre alte Maria Schätzer zu 10 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, ihre Stiefmutter Schröder zu zehn Jahren einem Monat Zuchthaus, ihren Geliebten, den ehemaligen Feldwebel Thomas zu zehn Jahren einem Monat Zuchthaus. Die Schätzer und Thomas haben den 70jährigen Arzt Rubensohn ermordet und beraubt. Die Mutter wurde wegen Beihilfe verurteilt. Drei Angeklagte, die an dem Raub indirekt beteiligt waren, erhielten geringere Strafen. - Der ermordete, übrigens längst aus den Ständesorganisationen ausgeschlossene Arzt, war Morphiumspezialist... Zu seinen besten Kundinnen gehörte die ehemalige Bankdirektorsgattin Schröder. Als sie eines Tages ihre Tochter aus erster Ehe, Mia Schätzer, zu Rubensohn schickte, blieb jene bei ihm: als seine Geliebte. Der Preis war Rauschgift... Das Liebesgeschäft wurde sehr häufig abgeschlossen. Mia Schätzers Mutter aber in ihrer Giftsucht von dem sehr geizigen Arzt weiter erpresst. So gerieten die Frauen vollkommen in die Abhängigkeit ihres ärztlichen Giftlieferanten, durch den sie ihr Leben zerrüttet wussten - doch Sucht und Abscheu wandelten sich schliesslich in Rachgier. Ein williges Werkzeug fand sich denn auch in dem ehemaligen Reichswehrunteroffizier Thomas, der sich in Mia Schätzer verliebt hatte und sie "rächen" wollte. Er drang eines Abends gemeinsam mit seiner Freundin bei dem Arzt ein und schlug ihn mit einer Eisenstange nieder.



Der Riese und der Zwerg.

SPD. In den deutschen Sagen spielen die Riesen und Zwerge eine grosse Rolle. Von beiden wird viel Schlechtes berichtet. Die Riesen - das sind die groben und ungeschlachten Ungetüme, die nur Gewalttat und Brutalität kennen. Sie werden aber vielfach von den Zwergen hereingelegt; denn die Zwerge sind meist gehässige, giftige, schlaue Intriganten.

Riese und Zwerg - warum sollen sie nicht auch einmal in der deutschen Politik eine Rolle spielen? "Stellt euch - so schrieb der Nazi-"Angriff" am 5. Oktober v. J. - bitte ein Dutzend kräftiger Riesen vor, die mit weit ausholenden Schritten in den Kampf stürmen, und stellt euch weiter einen kleinen lächerlichen Zwerg vor, einen Hugenzwerg, der den niederwalzenden Weg dieser Riesen nachzutrippeln versucht und dann erklärt, er begrüesse es mit Genugtuung, dass die Riesen sich ihm angeschlossen hätten."

Heute steht der Riese der Riesen, "die mit weit ausholenden Schritten in den Kampf stürmen", zusammen mit diesem Hugenzwerg in der Reichsregierung: Hitler und Hugenberg. Und weil der eine zu gross und der andere zu klein ist, ist Herr von Papen, der die beiden zusammengebracht hat, gleich mit in die Reichsregierung hineingegangen - als Verbindungsmann für die beiden und nach allen Seiten. Wenn z. B. der Riese zum Reichspräsidenten geht, dann geht jedesmal dieser Verbindungsmann mit. Herr Hitler wird auf jedem Gang ins Reichspräsidentenpalais vom Vizekanzler Papen begleitet. Sicherlich nicht deswegen, weil der Reichspräsident etwa Angst vor dem Riesen hätte, aber wahrscheinlich ist es ihm doch lieber, wenn bei der Unterhaltung noch ein Dritter dabei ist. Hält er von dem Können dieses Riesen nicht viel? Vielleicht schätzt man nur seine mächtige Stimme. Reden darf er, reden soll er. Das Tun - das besorgen die andern, vor allem der Hugenzwerg.

Der fühlt sich als allmächtiger Mann. Der kommandiert gleich drei Ministerien: die Wirtschaft, die Ernährung und die Arbeit. Der Kleine hat Grosses vor. Sein Amtsantritt war allerdings etwas ungeschickt. Auch er hat törichtes Zeug geredet. Auch er kommt anscheinend genau so wenig wie sein Riesenkollege ohne ein bisschen Pump bei den Bolschewisten nicht aus. Hitler hat sich von den Bolschewisten das Wort - nur das Wort - vom Vierjahresplan gepumpt, und Hugenberg zitierte im Reichs Ernährungsministerium ausgerechnet Lenin. Dieser soll irgendwo einmal gesagt haben, die demokratische Republik sei diejenige Kampfform der Weltrevolution, in der die Proletarisierung des Mittelstandes und Bauerntums, der Kampf der Berufsstände untereinander und damit der Kampf aller gegen alle erreicht werden soll. Lenin hat manches geredet und geschrieben - auch manchen Unsinn. Dass die demokratische Republik Mittelstand und Bauerntum ruinieren soll - über solche Weisheit werden die Franzosen z. B. nur die Köpfe schütteln können. Ihre demokratische Republik ist ja immerhin schon ein paar Tage alt, und dass in Frankreich Mittelstand und Bauerntum ruiniert seien, war bisher nicht bekannt.

Dem Hugenzwerg geht kein guter Ruf voraus. Man erzählt sich von ihm nichts Gutes, vor allem nicht bei den Arbeitern. Kein Wunder, wenn sich seine Presse nach Kräften bemüht, ihn vor dem Publikum etwas lieblich und vertrauenerweckend herauszuputzen. Sie strapaziert sich fürchterlich bei dem Versuch, ihren Herrn und Gebieter der deutschen Öffentlichkeit als Arbeiterfreund vorzustellen.

Sie hätte sich diese Mühe sparen können; denn selbst den dem früheren Reichskanzler Schleicher nahestehenden Organen graut es vor der "Sozialpolitik" Hugenbergs. Sie sagen: "Heute steht neben Papen der grosse Vorkämpfer der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion in der Person Hugenbergs ganz vorn auf der politischen Bühne." Wozu Herrn Hugenberg sozialpolitisch reinwaschen wollen? Nicht nur den freien Gewerkschaften - allen Gewerkschaften ist dieser Hass der Arbeiterbewegung zur Genüge bekannt.

Und warum hasst Hugenberg vor allem die freien Gewerkschaften? Die Gewerkschaften, so schreiben seine Lobredner, seien "pazifistisch nach aussen, kriegerisch nach innen." Das bekommt man vorgesetzt ausgerechnet in einem Augenblick, wo die Hitlerregierung vor dem Auslande beinahe auf dem Bauch rutscht. So hat der Riese dieser Tage vor englischen Journalisten eine Erklärung abgegeben, worin er förmlich um gut Wetter bittet. Er betonte, er habe niemals aufwiegelnde Reden gegen andere Länder gehalten, im Gegenteil: seine Reden zeigten ihn als einen "Mann des Friedens". Von der Zerreissung des Versailler Vertrages, vom Schlussmachen mit jeglicher Tributzahlung - von alledem hört man nichts. Sanft wie eine Turteltaube flötet der Riese vor dem Ausland. Aber gegenüber den eigenen Volksgenossen - da zeigen die Riesen die Zähne, da sind sie tapfer. Am selben Tag, an dem Hitler sich dem Ausland als "Mann des Friedens" präsentierte, erklärte sein Parteifreund, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frank II, in einem Vortrag vor Studenten der Berliner Universität: "Wir sind nicht dazu da, um stabile Regierungsverhältnisse im Sinne der Verfassung zu schaffen", die Partei kämpfe weiter um die ausschliessliche Macht, und sie werde sich von diesem Kampf durch keine Aufforderung, den "sogenannten Bruderkampf" einzustellen, abbringen lassen.

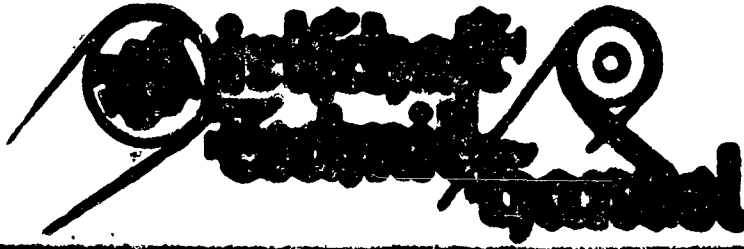
Zahn nach aussen, kriegerisch nach innen - genau das, was sie den Gewerkschaften, diesen aber zu Unrecht vorwerfen!

Riese und Zwerg: uns scheint, dass sie in der neudeutschen Politik eine ebenso unheilvolle Rolle spielen wie in den alten deutschen Sagen.

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat beschlossen, den Bericht der Vorkonferenz für die Einführung der 40 stündigen Arbeitswoche den Regierungen zuzuweisen. Die Regierungen werden gebeten, zu dem Bericht möglichst vor dem 15. April Stellung zu nehmen. Weiter beschloss der Verwaltungsrat, dass das Internationale Arbeitsamt genaue Konventionsentwürfe ausarbeiten soll, die den Beratungen der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni zugrunde gelegt werden.

SPD. Vom Schutzverband Deutscher Glasfabriken wurde zum 28. Februar der Lohntarifvertrag für die Gruppe I Brandenburg aufgekündigt. Als Begründung für die Aufkündigung wird angegeben, man strebe eine Angleichung an die Zeit- und Akkordverdienste der anderen Gruppen der deutschen Weisshohlglasindustrie an. Eine eigenartige Begründung; denn die Zeit- und Akkordverdienste des gesamten Tarifgebietes heben sich nicht von denen der anderen Verbandsgruppen der Weisshohlglasindustrie ab. Sicherlich soll die Aufkündigung einen weiteren Lohnabbau in der Weisshohlglasindustrie herbeiführen. Anscheinend rechnen die Glasindustriellen schon auf Hugenbergs Hilfe.

Die Vertreter der organisierten Glasarbeiter machten die Glasindustriellen nachdrücklichst darauf aufmerksam, dass ein weiterer Lohnabbau für die Arbeiterschaft in der deutschen Weisshohlglasindustrie nicht mehr zu ertragen sei. Die Durchführung eines Lohnabbaues werde unweigerlich grössere Abwehrmassnahmen der Arbeiterschaft auslösen.



Hugenbergs Synthese.

SPD. In der Phantasie der dümmsten seiner Anhänger ist Adolf Hitler der Mann, der das Geheimrezept zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise mit sich in der Westentasche herumträgt. Dagegen erhebt Hugenberg den Anspruch, das Sozialrezept für die Ueberwindung der Agrarkrise zu besitzen. Er behauptet, die grosse Synthese für den Ausgleich der Industrie- und Agrarinteressen entdeckt zu haben. Wenn sich z.B. die Grossagrarien gegen eine Förderung der deutschen Exportpolitik wenden und die deutschen Industriellen diese Exportpolitik begünstigt wissen wollen, sind das ganz bestimmte Interessengegensätze, die sich aus der Natur der Sache ergeben und die mit "Marxismus" nichts zu tun haben. Hugenberg macht sich stark dafür, diese Interessengegensätze ausgleichen zu können. Er habe dafür seine grosse Synthese.

Während nun Hitler über sein Geheimrezept schweigt und nach bolschewistischem Muster von Jahresplänen faselt, hat Geheimrat Hugenberg Gelegenheit genommen, sich über seine Synthese zu äussern, als er sich den Beamten der zahlreichen, ihm anvertrauten Ministerien vorstellte. Nach Hugenberg gibt es keine Interessengegensätze zwischen dem Mittelstand, der Industrie und der Landwirtschaft. Das sei alles Marxismus. Es komme darauf an, das herauszufinden, was allen gemeinsam ist. Das Herausfinden des Gemeinsamen ist eben Hugenbergs grosse Synthese.

Leider hat Herr Hugenberg der aufhorchenden Oeffentlichkeit nicht verraten, wie seine grosse Synthese nun wirklich aussieht. Diese Antwort ist er dem deutschen Volk leider schuldig geblieben. Es wird ihm so gehen wie Adolf Hitler, der jahrelang von seinem Geheimrezept zur Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise geredet hat, bis zu dem Tag, wo er Reichskanzler wurde und er eingestehen musste, dass es nichts mit seinem Geheimrezept ist. Von der grossen Hugenbergschen Synthese für den Ausgleich der industriellen und agrarischen Interessen in unserm Wirtschaftsleben ist nur so viel erkennbar, dass dieser Mann neben der lohnpolitischen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums und dem Osthilfekommissariat das Reichslandwirtschaftsministerium und das Reichswirtschaftsministerium in seiner Hand vereinigt. Residieren wird Hugenberg aber in der Wilhelmstrasse, also im Reichslandwirtschaftsministerium, und nicht in der Viktoriastrasse, im Reichswirtschaftsministerium. Das ist symbolisch und der Reichslandbund sagt es jedem, der es hören will, dass die Wilhelmstrasse und nicht die Viktoriastrasse regieren wird. Mit andern Worten: der wirtschaftspolitische Kurs wird unter Hugenberg streng grossagrarisches eingestellt sein.

Wer daran noch gezweifelt hat, dem wird die Unterredung des neuen Reichslandwirtschaftsministers mit dem Reichslandbundpräsidenten Kalckreuth und dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats Brandes die Augen geöffnet haben. Hugenberg erklärte klipp und klar, dass er auf Grund seines alten Entschuldungsplans, der schon vor Jahren ganz allgemein auf den Widerstand der fachmännischen Kritik gestossen ist, eine allgemeine und totale Entschuldung der Landwirtschaft wolle und zwar soll vorläufig der Vollstreckungszwang we-

ter ausgebaut werden. Die grosse Synthese Hugenberg's bestegt also in einer allgemeinen Anwendung der berüchtigten Sicherungs- und Umschuldungsmethoden der Osthilfe. Die Korruption der Osthilfe soll weiter gehen. Das ist das Wunderrezept des Geheimrats Hugenberg.

Mit diesen Methoden, bei denen die Kleinen zunächst die Leidtragenden sind, muss die ganze deutsche Landwirtschaft versacken. Der gesunde Bauer mit dem bankrotten Grossagrariere. Das Ende wird eine lebensunfähige Landwirtschaft sein, die nicht mehr in der Lage ist, das deutsche Volk zu ernähren. Die produktionstechnischen Fortschritte, in den letzten 15 Jahren erzielt, werden zerfallen. Die ganze deutsche Bauernwirtschaft wird 50 und 100 Jahre zurückgeworfen werden.

Dagegen muss sich das deutsche Volk wehren. Der vor uns liegende Reichstagswahlkampf ist im wahren Sinne des Wortes ein Existenzkampf des deutschen Volkes.

Es gibt nur eine Synthese für den Ausgleich der Agrar- und der Industrieinteressen nur ein Mittel, um die Industrie- und Agrarkrise zugleich zu lösen. Diese Synthese und dieses Mittel haben die Sozialdemokraten gezeigt. Gebt den Arbeitern anständige Löhne und der Arbeiter wird in der Lage sein, dem Bauernstand gerechte und auskömmliche Preise zahlen zu können. Wenn aber der städtische Arbeiter gerade so viel verdient, dass er sich eben Kartoffeln kaufen kann, dann kann er dem Bauer keine Milch und keine Butter abkaufen, selbst nicht zu den gegenwärtigen gedrückten Preisen. Arbeiternot ist Bauerntod! In diesem Satz liegt das ganze Geheimnis der Wirtschaftskrise.

Aber hier droht gerade die Gefahr durch das Kabinett Hitler - Hugenberg. Hugenberg weiss, weshalb er Stahlhelmfranz die lohnpolitische Abteilung des Reichsarbeitsministeriums abgenommen hat. Wer es sonst noch nicht weiss, der soll die schwerindustrielle Bergwerkszeitung nachlesen, in der schwarz auf weiss steht, dass Hugenberg der richtige Mann ist, die Löhne nach den Wünschen der Schwerindustrie aufs neue zu drücken. Wie soll aber die Wirtschaft wieder in Gang kommen, wenn man mit den Lohnkürzungen die Kaufkraft mordet? Wie soll der Bauer gerechte Preise erhalten, wenn man dem Arbeiter immer wieder die Löhne kürzt. Angesichts einer solchen wahnsinnigen Politik erscheint es ganz aussichtslos, dass Deutschland seine Krise überwindet und auf einen grünen Zweig kommt.

Nochmal ist mit der bevorstehenden Reichstagswahl die Entscheidung in die Hand des deutschen Volkes gelegt. Arbeiter und Bauer können nur durch die Lohnpolitik der Sozialdemokratie gerettet werden. Beide hängen von der Kaufkraft der Massen ab. Beide müssen gemeinsam marschieren. Beide müssen zeigen, dass sie sich nicht mehr durch ein albernes Gefasel über Marxismus gegeneinander hetzen lassen wollen. Bei dieser Reichstagswahl stimmen Bauer und Arbeiter mal für ihre Interessen, die von der Sozialdemokratie vertreten werden. Hinweg mit dem Klüngel der Hitler und Hugenberg!

SPD. Der Bund Deutscher Mietervereine hat an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister folgendes Telegramm gerichtet:

"Blättermeldungen zufolge ist die Aufteilung des Arbeitsministeriums und dabei die Verweisung des wichtigen Gebietes des Wohnungswesens an das Wirtschaftsministerium geplant. Fragen des Wohnungswesens gehören in das Sozialministerium und nicht in das ihnen wesensfremde Wirtschaftsministerium. Wir bitten dringend, von der Umstellung absehen zu wollen."

SPD. Die Grippewelle ist unaufhaltsam im Steigen begriffen. Zweifellos bleiben die von den amtlichen Stellen veröffentlichten Zahlen über die Erkrankungen weit hinter den wirklichen Verhältnissen zurück. In Berlin liegen die Dinge so schlimm, dass sich der Oberbürgermeister Dr. Sahm veranlasst sah, öffentlich Ratschläge gegen die Ansteckungsgefahren der Grippe zu geben. Er tat das in einer sehr naivunglücklichen Weise, indem er darauf hinwies, man solle sich, um der Gefahr der Grippeansteckung zu entgehen, nicht küssen, sich im Warmen aufhalten und rechtzeitig zum Arzte gehen.

Die Erfahrungen der Kriegszeit und der ersten Nachkriegsjahre haben gelehrt, dass die Grippe nicht wegen der Temperaturschwankungen selbst zur Epidemie wird, sondern dass die Seuche erst dann grassieren kann, wenn es der Bevölkerung an den nötigen Mitteln fehlt, sich gegen die Wirkungen grosser Temperaturschwankungen zu schützen. Das war in den Kriegsjahren der Fall und so ist es heute. Der Berliner Oberbürgermeister spricht z.B. davon, man solle sich warm halten? Wer von den hunderttausenden Arbeitslosen in Berlin und anderswo kann aber das Geld für die Briketts aufbringen, um die Wohnung, mag sie auch noch so klein sein, einigermaßen warm zu halten? Briketts, die heute hauptsächlich von den breiten Massen als Hausbrand verfeuert werden, sind die Kohlen des kleinen Mannes, sind das Feuerungsmaterial der wirtschaftlich Schwächsten und der Ärmsten; die anderen haben Zentralheizung. Kein anderes Feuerungsmaterial ist aber derartig irrsinnig überteuert wie das Brikett. Die Gruben, der Grosshandel - hier vor allem die berühmten Petscheckschen Kohlenhandelsgesellschaften - und der Kleinhandel, alle wollen am Brikett verdienen, reichlich verdienen, weit mehr als vor dem Krieg. Das Ostelbische Kohlensyndikat steckt z.B. allein an einer unsinnigen Frachtberechnung (Frachten, die in Wirklichkeit niemals gefahren werden) ungeheure Summen ein. Die Verpackungsgebühr wird dem Verbraucher um 100 Prozent zu teuer berechnet. Die Grosshandelsgesellschaften im Briketthandel verdienen jährlich mehr als ihr Aktienkapital, in günstigen Jahren ein Mehrfaches ihres Aktienkapitals. Der Zentner Brikett wird heute in Berlin mit rund 1,70 Mark bezahlt gegenüber etwa rund 1,10 Mark vor dem Kriege. Diesen Preis könnte man um 40% senken - und Gruben, Syndikat und Handel kämen immer noch auf die Kosten bzw. Dividende. Die wahnsinnige Brikettüberteuering ist der wichtigste Grund für die fürchterliche Austreibung der Grippeepidemie. Selbst solche Schichten in den Grosstädten, die noch in Arbeit in Brot stehen, können diese teuren Briketts nicht mehr kaufen. Im Jahre 1928 wurden in Berlin noch 2,4 Millionen Tonnen Hausbrandkohle abgesetzt. Im Jahre 1931 sank der Absatz auf 1,8 Millionen Tonnen. Nach den Stichproben bei den Berliner Kohlenhändlern dürfte der Absatz gegenwärtig weit unter 1,5 Millionen Tonnen liegen. Dahin hat die Ueberteuering des Hausbrands getrieben. Daher erklärt sich das Grassieren der Kältekrankheit, die wir als Grippe bezeichnen. Die Menschen sind an sich unterernährt, müssen der wärmenden Fettspeise entbehren. Kommt Kälte hinzu, dann haben wir die schönste Grippe, die moderne Seuche.

Dann soll der Arzt helfen - und er kann helfen, wenn der Erkrankte die Möglichkeit hat zum Arzt zu gehen. Aber in unserer Sozialpolitik ist, dank der grossen Nazi-partei, während der letzten Jahre ein Kurs gesteuert worden, der es den Erkrankten einfach unmöglich macht, den Arzt aufzusuchen. Ein wesentlicher Teil der Grippeerkrankten von heute kann nicht zum Arzt gehen, muss den Verlauf der Krankheit im kalten Fieber und ohne Medikamente abwarten. Führt die Krankheit nicht zum Tod, dann bleiben totsicher ernste Schäden zurück.

Wer heute von der Grippe befallen ist, muss, wenn er den Arzt in Anspruch nehmen will, erst einmal 50 Pfennige für den Krankenschein ausgeben. Wir wollen uns nichts vormachen: diese 50 Pfennig sind in vielen, recht vielen Fällen nicht da. Bei dem Arbeitslosen fallen die 50 Pfennige fort; aber

sofern Angehörige des Arbeitslosen an der Seuche erkranken - und das geschieht heute in tausenden und abertausenden Fällen, die dann von der Statistik nicht registriert werden -, müssen die 50 Pfennige doch bezahlt werden. Wer Medikamente haben will, hat, sofern er Hauptversicherter ist, 50 Pfennige zu blechen. Werden Angehörige krank, dann muss der betroffene Familienvater, ob er arbeitslos ist oder nicht, die Hälfte der Arzneikosten selbst bestreiten.

Die Aufführung dieser einfachen Tatsachen dürfte zeigen, dass diese Art Sozialpolitik die von dem Berliner Oberbürgermeister empfohlene Inanspruchnahme des Arztes völlig ausschliesst. Wir stehen inmitten einer fürchterlichen Epidemie. Die Seuche grassiert. Wir treiben aber eine Sozialpolitik, die grosse, wertvolle Teile der Bevölkerung dieser Seuche schutzlos überlässt. Hitler redet unterdessen vom Marxismus, der die Grundlagen der Wirtschaft zerstört habe. Sie reden und reden - währendes stirbt und verdirbt das deutsche Volk.

SPD. Der Verlauf der Berliner Wertpapierbörse stand auch am Freitag unter starkem Druck, sodass die Regierung weiter stützen musste. Besonders umfangreich und stark waren die Interventionen am Markt für festverzinsliche Papiere. Hier hat die Furcht vor Inflation und zwangsweiser Herabsetzung des Zinssatzes (Zwangskonversion) eine äusserst bedenkliche Lage geschaffen, die sich in zahlreichen Angstverkäufen auswirkt. Trotzdem die Regierung stark intervenierte, ging das Kursniveau auf dem Markt der Festverzinslichen am Freitag um rund 2 bis 3 Prozent zurück. Recht stark gestützt wurden Reichsschuldbuchforderungen.

Besser hielt sich der Aktienmarkt. Farben schlossen mit 105 nach 105 $\frac{1}{4}$ am Tag vorher, Rheinische Braunkohle mit 93 nach 92, Gelsenkirchen mit 57 $\frac{1}{4}$ nach 59 $\frac{3}{8}$ und Stahltrust mit 32,5 nach 34. Recht starke Verluste erlitten Reichsbankanteile. Hier ist eine beispiellose Abflachung um 6% festzustellen. Man führt den Abstieg auf grosse Angstverkäufe zurück; jedoch dürfte es sich nicht um Verkäufe aus Auslandsbesitz handeln.

SPD. Der Güterverkehr bei der Reichsbahngesellschaft hat sich im Monat Dezember verringert; auch der Weihnachtspersonenverkehr blieb hinter dem Stand des Vorjahres zurück. Die Einnahmen werden mit 246,4 Millionen - 16,5% unter dem Stand des Vorjahrsmonats - angegeben. Der Personalbestand senkte sich von 591 725 Köpfen im November auf 562 938 Köpfe im Dezember.

Berliner Milchpreise.

SPD. Für die Milchlieferung nach Berlin hat der Preisausschuss des Milchversorgungsverbandes Berlin folgende Preise festgesetzt, die am 3. Februar in Kraft treten: 1. Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter, dazu treten folgende Zuschläge: a) tiefgekühlte Milch 0,5 Tpf, b) molkereimässig behandelte Milch 1,75 Rpf; 2 a) Werkmilch 7 Rpf, b) tiefgekühlte Werkmilch 7,5 Rpf je Liter. Diese Preise gelten bis auf weiteres für 1 Liter Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3% und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin.

Die Käufer machen nicht mit.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Februar)

SPD. Die Hoffnungen, die zu den Haussen am Montag und Donnerstag geführt haben, bestanden auch am Freitag weiter. Die Landwirtschaft hielt auch mit ihrem Angebot weiter zurück. Jedoch zeigten sich Handel und Mühlen nicht gewillt, die höheren Preisforderungen zu bewilligen. Unter diesem Zwiespalt sank der Umsatz mit Privaten nicht mehr. Trotzdem die staatlichen Stützungsstellen wieder vorbehaltlos kauften, kam es doch am Lieferungsmarkt zu einer Abflachung der Notierung. Das Mehlgeschäft war äusserst klein und ruhig.

	2. Februar (ab märkische Station in Mark)	3. Februar
Weizen	187 - 189	187 - 189
Roggen	153 - 155	153 - 155
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	114 - 117	114 - 117
Weizenmehl	22,50-25,75	22,50-25,75
Roggenmehl	19,80-21,75	19,80-21,75
Weizenkleie	8,10- 8,50	8,10- 8,50
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 205- 204½ -204½
(206), Mai 206-206 (207½). Roggen März 164½-165 (165½), Mai 166½-166½ (167½).
Hafer Mai 128 - 127½ (-).

Berliner Viehmarkt.

(3. Februar)

SPD. Auf dem Schweinemarkt gab es durchaus glattes Geschäft. Der Auftrieb, etwa 7 200 Tiere, genügte nicht ganz der Nachfrage, sodass sich Preis-erhöhungen durchsetzen konnten. Besseres Geschäft war auch auf dem Hammel-markt festzustellen; jedoch kam es hier zu keinen Preisaufbesserungen. Gering genährte Schafe konnten die letzten Notierungen behaupten, während es sonst Preiseinbussen gab. Der Handel mit Kälbern verlief ruhig bei Preisnachlässen. Das Angebot an Rindern genügte.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund - b. 240 bis 300 Pfund 34-36 (34-35), c. 200 bis 240 Pfund 34-35 (33-35), d. 160 bis 200 Pfund 32-34 (31-33), e. 120 bis 160 Pfund 30-32 (28-31), Sauen 31-33 (30-33), Schafe: a. 31-32 (32-33), b. 29-30 (30-32), c. 26-28 (27-29), d. 17-25 (17-25). Kälber: b. 33-38 (33-40), c. 24-32 (25-33), d. 18-23 (18-24). Kühe: a. 22-24 (-), b. 18-20 (18-20), c. 15-17 (15-17), d. 10-14 (10-14).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 2. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 92, II. Qualität 85, abfallende Sorten 78 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 3. Februar 1933.

Der "Überlistete" Zauberkünstler.^x

SPD. Horace Goldin, der unerreichte amerikanische Zauberer, erzählt aus seiner Bühnenpraxis eine ergötzliche Geschichte, die den grössten aller lebenden Illusionisten einmal in eine arge Verlegenheit brachte.

"Ich gab ein Gastspiel in Mailand. In meinem Programm brachte ich eine Anzahl noch nicht gesehener Tricks, die das Publikum in Scharen herbeilockten sodass das Theater allabendlich bis unter die Kuppel gedrängt voll war. Ich zeigte unter anderem, dass die unter der Menschheit verbreitete Ansicht, das Geldverdienen sei mit allerhand Umständlichkeiten verbunden, irrig ist, weil ein jeder, wenn er nur zehn Lire besitzt und den richtigen Spruch weiss, sich diesen Betrag in wenigen Sekunden beliebig zu vervielfachen vermag. Zum Beweise dieser meiner Behauptung bat ich in den Vorstellungen jeweils einige Herren aus dem Parkett, zu mir auf die Bühne zu kommen, wo ich ihnen vor allen Augen einen Geldschein von geringem Werte in die Rock- oder Westentasche steckte. Meine Versuchspersonen murmelten nun den ihnen von mir aufgegebenen Spruch und zogen dann ohne alle Mühe aus ebenderselben Tasche zu ihrer und des Publikums grösster Verwunderung breite, knisternde Tausender, soviel sie nur wollten. Allerdings, wenn sie die Sache zu Hause probierten, so ging sie nicht so einfach vonstatten, weil dort der Mann fehlte, der ihnen die verwandelten Noten vorher unbemerkt in ihre Taschen praktizierte. Und dieser Mann war ich.

Aber man spielt nicht ungestraft auf eine solche Weise mit erwachsenen Leuten, wenigstens nicht in Mailand. Aus dem Parkett war an mehreren Abenden hintereinander ein junger Mann zu mir heraufgekommen, den ich jedesmal von neuem bemitleidete, weil er nur einen Arm hatte. Als Ersatz für seinen verlorenen Körperteil trug er eine Prothese mit einem Lederhandschuh. Ich taxierte auf irgendeinen Kommis, der, weil er ein so eifriger Besucher meiner Vorstellungen war, für die Zauberei besonderes Interesse zeigte. Das tat er auch, aber in einem andern Sinne, als ich dachte. Es war ihm nämlich nur darum zu tun, hinter meinen Geldtrick zu kommen; zu welchem Zweck, werden Sie bald sehen. Da er jedesmal sehr genau aufpasste, so wusste er am vierten Abend, wie es bei den märchenhaften Vorgängen in seiner Westentasche zuging. Ich dagegen ahnte nicht, dass mein Mann gar kein Krüppel war, sondern seinen richtigen, zweiten Arm nur unter dem Rock verborgen hielt. Mit diesem packte er am vierten Abend, als der richtige Moment gekommen war, zu und manövrierte die ganzen Geldscheine, die ich ihm zuvor in seine Tasche gesteckt, Gottweisswohin wahrscheinlich in die rückwärtigen Tiefen seiner Hose. Da er dabei unbeweglich und mit dem unschuldigsten Gesichte der Welt da stand, so merkte ich noch immer nichts. Peinlich wurde die Angelegenheit für mich erst, als mein Trick, wie leicht begreiflich, nun ganz und gar nicht klappen wollte. Ich liess mich tatsächlich verblüffen und glaubte an einen Fehler meinerseits. So kriegte denn der Kommis noch einmal eine Ladung in seine Weste. Jetzt ging alles wie am Schnürchen. Unten im Publikum hat man wohl kaum etwas von diesem Vorgang bemerkt. Der junge "Krüppel" aber ging demütig auf seinen Platz zurück. Kaum war er dort angelangt, so wurde er, wie es den Umsitzenden schien, von einem starken Unwohlsein ergriffen, das ihn nötigte, das Theater allerschnellstens zu verlassen. Auf der Strasse war dieses Unwohlsein aber schon wieder verschwunden, denn hier konnte man sehen, wie mein Kommis mit gewaltigen Sätzen

und so munter wie ein Spatz seiner Wohnung zueilte. Während die Wände seines Zimmers durchsichtig gewesen, so hätte man auch noch sehen können, wie er dort vor einem Tische sass und gebannt auf einen Haufen Geldscheine starrte, von denen ein jeder nicht unter drei Nullen aufwies. Diese Besichtigung dauerte allerdings nicht sehr lange. Als sie beendet war, nahm der junge Mann die ganze Herrlichkeit, zerriss sie in winzige Stückchen und warf sie ruckartig ins Kaminfeuer, wobei er sich nicht versagen konnte, bei einer unwahrscheinlich hohen Anzahl von wirklich namhaften Göttern zu fluchen.

Ja, wo wollten wir auch hinkommen, wenn ich bei meinen Vorführungen keine Banknoten-Imitationen benutzen würde!"

Werner Lobbenberg.

Das Wagner-Jubiläum.

SPD. Eine Würdigung Richard Wagners zu seinem 50. Todestage könnte mit einigem Rechte den Titel von Nietzsches Streitschrift "Der Fall Wagner" tragen. Bei diesem "Fall" handelt es sich nicht um eine erneute Feststellung von Wagners musikalischer Genialität, die als allgemein anerkannt vorausgesetzt werden darf - selbst Nietzsche rühmt Wagner in der genannten Schrift "als unsern grössten Miniaturisten der Musik, der in den kleinsten Raum eine Unendlichkeit von Sinn und Süsse drängt", und als "unsern grössten Melancholiker der Musik, voll von Blicken, Zärtlichkeiten und Trostworten, die ihm keiner vorweggenommen hat...." -, sondern um die ungeheure Wirkung, die Wagners Schaffen auf die Nachwelt ausgeübt, und die zu dem berüchtigten "Wagnerismus" geführt hat.

Schon in seinen ersten Werken - so stark auch noch in ihnen die Abhängigkeit von der romantischen Musik und von der "grossen Oper" deutlich wird - ist Wagners musikalische Schöpferkraft offenkundig. Die vor kurzem von der Berliner Staatsoper ausgegrabene, noch vor dem "Rienzi" entstandene heitere Oper "Das Liebesverbot" zeigt einen Reichtum der melodischen Erfindung, eine schlagkräftige Rhythmik und eine Fülle und Farbigkeit des Klanges, die den Zuhörer von Anfang bis zu Ende fesseln. Die "Faust"-Ouvertüre zeigt bei aller Konventionalität immerhin dramatischen Schwung. Für die künstlerische Gesamtpersönlichkeit Wagners freilich sind seine Jugendwerke ziemlich bedeutungslos. Seine Eigenart und Einmaligkeit findet er erst im "Fliegenden Holländer". Wie charakteristisch und dramatisch lebendig ist hier die Tonsprache, mit der die grossartige Unheimlichkeit des Meeres geschildert wird! Und welche Kraft des Volkstums lebt in der musikalischen Ausdeutung des Spinnstubenmilieus und vor allem der Matrosenwelt!

Aber schon mit seinem nächsten Werke wendet sich Wagner für immer von der volkstümlichen Atmosphäre ab und der Heroisierung einer pomphaft einher-schreitenden Ritter- und Fürstenwelt zu. Bereits der "Tannhäuser" offenbart die Zwiespältigkeit in Wagners Künstlernatur. Mit kaum jemals erreichter Glut ist der Sinnenrausch im Venusberge geschildert. Auf der Wartburg dagegen herrscht die bombastische, gespreizte Theatralik, wie sie sich schon beim "Einzug der Gäste" ankündigt. Zum höchsten Gipfel gesteigert ist diese Theatralik im Schwertgerassel und Blechfanfarenengeschmetter des auch rhythmisch so eintönigen "Lohengrin". Hier zeigt sich auch besonders krass die für Wagner charakteristische Mischung von religiöser Mystik und schwüler Sinnlichkeit (Nietzsche spricht von "einer unglaublich krankhaften Sexualität") - so etwa in der instrumentalen Einleitung zur Gralserzählung. Die in diesem Werke zunächst angedeutete weltanschauliche Einstellung Wagners, seine frömmelnde Kirchlichkeit und seine Untertanenseligkeit, prägt sich endlich in letzter

Vollendung im "Parsifal" aus. "Ist das noch deutsch?" fragt Nietzsche mit Recht die Lobpreiser der "nationalen" Bedeutung von Wagners Lebenswerk. "Dies Weihrauchdüftelnde Sinne-Reizen?" Und er charakterisiert den Gehalt des "Parsifal" kurz und treffend als "Roms Glaube ohne Worte". Im Grunde genommen ist auch die Geisteshaltung des heidnisch maskierten "Nibelungenringes" nicht anders. Aus diesen Werken ragt allerdings Wagners reifste Schöpfung "Tristan und Isolde" dank der echten Erlebniskraft in der musikalischen Gestaltung dieser Liebestragödie heraus. Hört man freilich kurz hinter dem "Tristan" eins der Hauptwerke von Bach oder Beethoven, so erkennt man sogleich in Wagner die kleinere Persönlichkeit und den Rest von Unnatur.

Aber auch der Strom der musikalischen Erfindung wird bei Wagner mit fortschreitendem Alter immer dürftiger. Immer deutlicher wird es, wie Wagner seine Wirkungen abzwängt, wie er sie errechnet, wie er den Mangel an ursprünglicher Eingebung hinter ermüdender Weitschweifigkeit zu verbergen sucht. ("Es ist des Ueberflüssigen, Willkürlichen, Entbehrlichen viel zu viel", sagt Nietzsche.) Man vergleiche nur einmal die feierliche Gespreiztheit des Pilgerchors im "Tannhäuser" mit der schlichten, ergreifenden Innigkeit des Pilgerzuges in der "Harold"-Symphonie von Berlioz! Oder man mache sich einmal klar, wie in Walters berühmtem Preislied in den "Meistersingern" ein winziges melodisches Thema unaufhörlich abgewandelt und wiederholt wird!

Den schlimmsten Verstoss aber gegen das Grundgesetz der Musikästhetik begeht Wagner durch die Einführung des sogenannten "Sprechgesanges", der ein Widerspruch in sich selbst ist. Wir haben ja inzwischen jahrzehntelang erfahren, zu welcher Entfernung von den Elementen musikalischen Ausdrucks die Verwendung des "Sprechgesanges" in der modernen Opernkomposition geführt hat. In vollem Umfange hat sich bestätigt, was Nietzsche vor fünfundvierzig Jahren in die Worte gekleidet hat: "Man singt Wagner nur mit ruinierter Stimme: das wirkt "dramatisch"."

Wir begehen in diesem Jahre den 100. Geburtstag von Wagners grösstem zeitgenössischem Antipoden: Johannes Brahms. Es hat einmal eine Zeit gegeben, in der man in hitzigem Streite diese beiden Musiker gegen einander ausspielte. Heute verehren wir in Brahms den bedeutendsten Fortsetzer Beethovenscher Tradition, und wir wissen, dass Wagner eine Entartung des musikalischen Geschmacks heraufgeführt hat, die wir endlich zu überwinden hoffen.

Was Wagner uns heute bedeutet, kommt am reinsten in seinem beliebtesten Werke, den "Meistersingern von Nürnberg", zum Ausdruck. Es gibt keine vollkommener musikalische Gestaltung des standesdünkelhaften Bourgeois, der heute "Heil Hitler!" schreit, als eben dies Werk. So oft bei einer festlichen Zusammenkunft von Bürgern der leere, brutale Lärm des "Meistersinger"-Vorspiels erdröhnt, glaubt man förmlich den Marschtritt einherziehender Innungsmitglieder in Gehrock und Zylinder und mit Vereinsfahnen zu hören. Die "Meistersinger" sind das musikalische Glaubensbekenntnis des sächsischen Spiessbürgers, der Wagner zeitlebens geblieben ist. Man hat ja auch - gegen Wagners Absicht - die Mahnung "Ehrt eure deutschen Meister!" als Aufruf zur Teutschtümelei aufgefasst. Freilich gibt Wagners gesamtes Lebenswerk dieser Auffassung Recht. "Die Bühne Wagners" - so schreibt Nietzsche - "hat nur eins nötig - Germanen!..... Definition des Germanen: Gehorsam und lange Beine." - In diesem Zeichen werden wir wohl bei den Bayreuther Wagnerfestspielen im kommenden Sommer einen Wald von Hakenkreuzfahnen zu sehen bekommen. Die gehören ja auch dahin.

Ein wirklich grosser Künstler ist immer auch ein grosser Mensch. Mit Wagners Menschentum sieht es nicht gerade erfreulich aus. Männer, die sich begeistert für Wagner einsetzten - wie Hans von Bülow -, mussten mit Wagners Egoismus und Intrigantentum die trübsten Erfahrungen machen. Geltungsgier und Neid gegen andre grosse Künstler, wie Brahms, sind hervorragende Merkmale in Wagners Charakter. Vollends sein eitles, grossspuriges Komödiantentum, das

ja auch seinem musikdramatischen Schaffen sein Gepräge gibt, verdeckt alle Züge schlichter, echter Menschlichkeit bei Wagner.

Die ungeheure Wirkung Wagners auf den Menschen des wilhelminischen Zeitalters hat ein zahlreiches Epigonentum hervorgerufen. In der Tatsache, dass - wie Nietzsche feststellt - "die Heraufkunft Wagners zeitlich mit der Heraufkunft des "Reichs" zusammenfällt", ist diese Wirkung bedingt und begrenzt. Wir erleben heute den - hoffentlich letzten - Ansturm zur Erneuerung des "Reichs". Der geistigen und seelischen Verfassung der Erneuerer des "Reichs" entspricht die Rolle, die Wagner heute noch in unserm Kulturleben spielt. Ist erst einmal diese "Erneuerung" ein für allemal überwunden, dann wird auch der Wagnerismus sein Ende finden und nur einiges aus Wagners Schaffen lebendig bleiben, das durch musikalische Genialität seines Schöpfers die Zeiten überdauert.

Dr. Wilhelm Bolze.

Gasalarm....!!^x

SPD. Alles klappte, wie es im Programm vorgesehen war. Die Pfadfinder und die andern Jugendlichen, die sich freiwillig zur Verfügung gestellt hatten, waren längst in der alten Fabrik untergebracht. Dieser verfallene Bau sollte heute die Unfallstelle sein. Mit seltener Begeisterung und geradezu realistischer Treue malten die enthusiastischen Jungen und Mädchen alle Schrecken, die die Folge dieser Gaskatastrophen waren - die glücklicherweise nur vorgetäuscht werden sollte. Entsetzliche Schreie erklangen, Weinen wurde laut. Die Rettungsmannschaften wurden zufieberhafter Eile angetrieben.

Schon hatte sich der Abend gesenkt. Auf dem Fabrikgelände hatte sich alles eingefunden, das Anspruch erheben konnte, zur Behörde und zu den offiziellen Stellen gerechnet zu werden. Ein grosses Aufgebot Schutzpolizei war ebenfalls zu diesem Gasalarm befohlen. Die glitzernden Uniformen der Würdenträger öffentlicher und privater Titel wurden geräuschvoll sichtbar, wenn sie der grelle Scheinwerfer traf, der wie Pantheraugen in regelmässigem Kreislauf das Gelände absuchte.

Der Hauptmann der Schützengilde strich sich über seinen Schnauzbart. Er dachte, es sei doch schön, etwas Aufregendes noch auf der Welt zu haben, und er gestand sich ein, dass er selbst bei einem wirklichen Gasüberfall, ausgeführt von hunderten von Flugzeugen, nicht recht gewusst hätte, wie er der Gattin und Familie sein teures Leben hätte erhalten sollen. Nein, in natura verzichtete er sehr, sehr gern auf Gasbomben und ähnlichen teuflischen Zauber. Aber hier bei der Übung machte sich alles sehr schön. Das stählte Körper und Nerven und diente der nationalen Ertüchtigung. Und es war dem Herrn Hauptmann ein selten starkes Erlebnis, jetzt zu beginnender Nacht vor der zusammengebrochenen Fabrik zu stehen und dies farbenreiche und lebendige Schauspiel, das man der Wirklichkeit nachahmte, ausgiebig zu geniessen.

Wieder trugen Sanitäter mehrere geborgene Jungen aus der "Gashölle". An anderer Stelle waren eifrige Helfer dabei, mit Schweissapparaten die Eisenblöcke zu durchschneiden, um an die Verschlütteten zu gelangen. Man hatte sich auf gutgemeinten höheren Befehl erdenklichste Mühe gegeben, alles so naturgetreu wie möglich zu gestalten.

Viel Volk war auf den Beinen. Die Polizei hatte es schwer, die Absperzung aufrechtzuerhalten. Anfeuernde Rufe kamen aus der Menge. Aber auch, aus einer ganz bestimmten Ecke, wurden heftige und leidenschaftliche Protestrufe laut.

Peter Buhlmann von der freiwilligen Feuerwehr gehörte auch zu den Helfern.

Mit einer gefährlichen Maske und einem beschwerlichen Sauerstoffapparat, der auf der Brust zu tragen war, hatte man ihn ausgerüstet. Er war seinerzeit in die Feuerwehr eingetreten, weil er es als seine Pflicht empfand, dem Nachbarn beizustehen. Dieser Gasalarm rief ihm allerlei kritische Gedanken wach. Aber er war Kamerad Buhlmann und hatte einen erhaltenen Befehl auszuführen. Nun stand er hier im kühlen Abend und versuchte, hier und da zu helfen. Aber es gelang ihm nicht, bei dieser Hilfeleistung richtig warm zu werden. Er dachte an den Krieg, den er vier Jahre lang mitgemacht hatte. Schreckensszenen, die er da erlebt hatte, wurden in ihm grausam wach. Er empfand Lust, seinen Sauerstoffapparat in eine Ecke zu stellen, daran zu schreiben: Ich mache diesen Unsinn nicht mehr mit!, und leise nach Hause zu gehen.

In der Ferne lärmte die Grosstadt. Schwach vernahm man hier draussen das Singen der Strassenbahnen. Melancholisch klang das Hupen erschreckter Kraftwagen in die Befehle, die während der Gasübung erregt geschrien wurden.

Peter Buhlmann kam sich ein wenig überflüssig vor. Er wurde müde. Die Augen schmerzten ihn. Das Atmen fiel ihm furchtbar schwer. Er konnte nicht sprechen. Der Apparat verschloss ihm den Mund. Zitternd führte er die Hände an den Apparat auf der Brust und drehte an der kleinen Schraube, die die Sauerstoffzufuhr regelt. Es war vergeblich. Das Drehen half nichts. Die Luft wurde noch dünner. Hastig schraubte Buhlmann den störrischen Hebel wieder zurück. Doch auch diese Bemühung gab keine Befreiung. Er sog in den Apparat hinein. Der blieb widerspenstig. Jetzt wurden Peters Hände müde. Der Kopf brannte ihm. Alles wurde nun auf einmal, ganz plötzlich, leicht und befreiend.

Mehrere Leute wurden auf den sonderbaren Helfer aufmerksam. Buhlmann drehte sich schon eine Weile im Kreise, immer um die eigene Achse. Ein paar bessere Damen, die in der Nähe dem Gange der Uebung folgten, lachten, leise kichernd. "Da hat einer 'n Drehwurm jekriecht!" rief eine Stimme hinter der Absorierung. Noch kümmerte sich keiner um den sonderbaren Kauz.

Neue Hilferufe erschollen aus der Fabrikruine. Erneut stürzten sich die mutigen Helfer in den beängstigend aufsteigenden Rauch.

Noch immer tanzte die Uniform des Feuerwehrmannes mit dem Sauerstoffapparat im Kreise.

Da wurde ein Schutzpolizist, der in der Nähe Dienst tat, aufmerksam. Er benachrichtigte einen höheren Offizier. Der trat an Peter Buhlmann heran und fragte kurz: "Mensch, was haben Sie denn?" Aber Peter, schon halb bewusstlos und traumverloren, hörte nicht mehr. Noch einmal drehte sich sein Körper. Die Bewegung wurde schwach. Dann fiel er dem herbeigeeilten Schupomann in die Arme.

"Sanitäter! Sanitäter!!"

Der Ruf gellte auf von der Stelle, wo ihn niemand erwartete. Erst glaubte man, das Publikum wolle einen Schabernack spielen. Dann, als man den hohen Offizier und die erregte Gruppe sah, kamen zwei Sanitäter herbeigestürzt. Auch ein Arzt wurde gerufen. Der Apparat wurde Buhlmann von der Brust gerissen. Sein Gesicht war blau, grün und ohne Leben. Die schwitzenden Sanitäter gaben sich keine Ruhe, bis Bewegung in Peters Körper kam.

"Donnerwetter," fragte der Arzt, "was haben Sie denn da gemacht? Das hätte ein wirkliches Unglück geben können."

Der Hauptmann der Schützen-gilde kam säbelschleppend herbeigelaufen. Jetzt stand er ein wenig abseits und wiederholte immer wieder: "Gott sei Dank, Gott sei Dank!" Denn er war nicht im Kriege gewesen und konnte keine Toten sehen.

Nach einer Stunde hatte Peter Buhlmann sich wieder so weit erholt, dass der Arzt anordnete, er könne nachher von zwei Leuten in seine Wohnung gebracht werden.

Ein Pressemensch, der den Zwischenfall bemerkt hatte und sich erkundigte, erhielt zur Antwort, ach, das sei eine ganz bedeutungslose Sache. Einer habe etwas schlapp gemacht. Und der Reporter wurde gebeten, am nächsten Tage in seinem Blatte diesen kleinen Unfall nicht zu erwähnen.

Heinrich Claus.

X
Wildgansjagd an der Nordsee.

SPD. Mit wasserdichten Kniestiefeln und ebensolchem Wettermantel ausgerüstet kletterten wir in den ersten Nachmittagsstunden in das kleine, an der Hafeneinfahrt schaukelnde Motorboot. Draussen vom Meere her pfliff uns zwar ein fast eisiger Nordwind entgegen, doch unsre Maschine arbeitete gut, und in einer reichlichen halben Stunde hatten wir den sandigen Saum des breiten Inselstreifens erreicht, der das Ziel der Fahrt war. Auf Gänse, Enten, Regenpfeifer und ähnliches Vogelgetier sollte es diesmal gehen.

Die Wintertage sind dafür die rechte Zeit. Nicht nur des Jagdgesetzes wegen: An der Nordseeküste ist noch immer die Wildgans die dankbarste Beute eines gutsitzenden Schrotschusses. Die Wildgans aber ist hier im Winter heimisch. Entweder kommt sie aus den mehr nordwärts gelegenen Ländern, um hier bis zum Frühjahr zu verweilen, oder sie benutzt diese Gegend als Durchgangsstrasse. Die längs der Küste liegenden, meist recht sandigen Inseln bieten den Schwärmen dabei einen gern benutzten Ruheplatz.

Freilich muss der Jäger Vorsicht walten lassen. Ausser den weissgeflügelten Möven, die gesetzlichen Schutz geniessen, sind fast alle wertvolleren in der Luft umherstreichenden Jagdobjekte sehr misstrauisch. Ganz besonders die in langen Reihen ziehenden Gänse. Sie streichen fast immer recht hoch, dabei mit ihren scharfen Augen das unter ihnen liegende Gelände absuchend und auf eventuelle Gefahren prüfend. Als wir das Boot festgemacht hatten, war daher auch unsre erste Arbeit, mittels der mitgebrachten Spaten ein paar Erdlöcher zu buddeln, in die wir uns, in einiger Entfernung voneinander, hineinhielten. Gegen das Unwirsche der kalten Sanderde schützten wir uns durch mitgebrachte Decken. Ausserdem sollten noch die Pfeife und ab und zu ein Schluck Cognak das Ihre tun.

Bereits eine Stunde hatten wir jeder in seinem Loche zugebracht. Die Flinten standen geladen neben uns, die Luft wurde noch kühler, und das erwartete Frösteln blieb nicht aus. Da liess sich aus noch weiter Entfernung das uns nicht unbekannte, heiser tönende Geschrei vernehmen. Zuerst verschwommen, bald jedoch deutlicher. Noch war nichts zu sehen, doch wir wussten: ein Gänseschwarm war im Anflug. Wir krochen tiefer in unsre Erdlöcher und überdeckten uns mit der Farbe des grauen Erdreichs angepassten Säcken, in die wir einige kleine Löcher geschnitten hatten, um durch sie hindurchspähen zu können.

Jetzt war, fast im Grau des Winternachmittags verschwindend, der Zug zu erkennen. Vorneweg das Führertier, regelmässig seinen schreienden Ruf ausstossend. Für einen Schrotschuss aber war die Kette noch zu hoch. Doch je näher sie der Insel kam, umso sicherer schien sie zu werden. Und als dem Flugführer der gänzlich leere Sandstreifen gefahrenfrei erschien, glitt die Reihe tiefer und tiefer. Auf ein verabredetes Zeichen griffen wir drei jetzt nach unsern Flinten, schoben die grauen Säcke zur Seite und schossen. Auf die drei ersten Tiere hatten wir gezielt. Zwei davon stürzten tot herunter; der übrige Schwarm stieg sofort höher und verschwand.

Wenn einmal die Büchsen gedonnert haben, ist in absehbarer Zeit kein zweites Jagdglück zu erwarten. Wir stiegen deshalb wieder in unser Boot, aber nicht, um nach Hause zu fahren, sondern um, wie vorgesehen, in ihm die Nacht zu verbringen. Der nächste Morgen würde uns hoffentlich noch einmal Gelegenheit geben, auf Gänse zu pirschen und zumindest die noch fehlende dritte Gans zu gewinnen.

Im Kahn war es kalt; doch um einen kleinen, gut angeheizten Ofen tranken wir erst warmen Tee, verzehrten dazu die mitgebrachten Stullen, plauderten ein paar Stunden und streckten uns schliesslich, in dicke Decken eingewickelt, lang hin. Vor etwaigem Regen würde uns das sichere Dach der niedrigen Kajüte schützen. Und trotz aller gegenteiligen Wetterprophezeiungen kü-

diger Amtsstellen traf dieser Regen auch ganz programmwidrig ein. Als wir gegen Morgen uns die gebuddelten Erdlöcher ansahen, standen sie zum Teil voll Wasser. Immerhin klärte sich später das Wetter auf. Wir gruben also neue Hocklöcher und krochen wieder hinein.

Diesmal ging es rascher. Ein kleiner Entenschwarm und bald danach vereinzelte Regenpfeifer flogen umher. Von Zeit zu Zeit fiel ein Schuss aus unsern Flinten, und als der Mittag vorbei war, zählten wir fünf Enten und drei Regenpfeifer zu den beiden Gäsen vom Abend vorher. Da wir Proviant genug mit hatten, beschlossen wir, noch den Spätmachmittag abzuwarten, vielleicht dass uns noch einmal Gelegenheit mit Gäsen beschieden sein würde.

Und wirklich, wir hatten Glück. Schon gegen vier Uhr machte sich ein la ger Schwarm bemerkbar. Erst wieder das unklare Schreien aus der Ferne, dann das Wittern des vorneweg ziehenden Führervogels und schliesslich das Niederstreichen der ganzen Kette. Als uns die eine leidliche Sicherheit gewährende Schusshöhe vorhanden zu sein schien, krachten die Flinten, und diesmal stürzten drei Tiere herunter. Die eine Gans fiel dem einen Gefährten fast auf den Kopf, die beiden andern aber plumpsten ins Wasser. Vom bald flottgemachten Boot aus mussten wir sie auffischen und bergen.

Durch die so gewonnene Beute waren wir jetzt befriedigt, und die Heimfahrt konnte angetreten werden. Es war auch Zeit. Einmal waren uns die Knochen durch das lange Hocken in den Erdlöchern schon steif geworden, zum andern hatte plötzlich gar nicht weit von uns ein anderer Kahn festgemacht, dessen Insassen mit den gleichen Absichten wie wir hierher gefahren waren. Wenn aber schon noch ein zweites Schützentrío sich an die Arbeit macht, dann ist sicher nichts Vernünftiges mehr zu erwarten. Entweder gibt es Streit darüber, wem die anfliegende Gänserieihe zum Schuss zusteht, oder aber die Tiere merken schon rechtzeitig die lauernde Gefahr und biegen in grossem Bogen rechts oder links ab, und der Jäger kann ihnen nachsehen, wenn er Lust hat.

Ueber solche Erlebnisse mit Wildgänsen wie mit unerwünschten Jagdgenossen wurde später in der Hafenwirtschaft zur "Seemöve" noch bei einem steifen Grog geplaudert. Auch der Wirt wusste da mancherlei zu erzählen, kehrten doch bei ihm fast alle von der Inseljagd zurückkehrenden Gänsejäger ein.

Die Wildgans ist zwar weder in Grösse noch in Geschmack mit unsern Hausgänsen zu vergleichen. Dennoch bietet sie, gut zubereitet - und das versteht man hier an der Küste - eine leckere Mahlzeit für den sonntäglichen Familientische. Besonders dann, wenn sie recht billig erjagt ist. Was man bei unsern Fahrten voraussetzen darf.

J. Hunold.

SPD. Allzu gutes Gedächtnis. Fritz studiert Medizin. In Berlin. "Wieder kein Geld von meinem Alten bekommen", jammert er seiner Freundin Lizzy gegenüber.

"Aber dein Vater hat doch selbst mal studiert und müsste doch wissen, dass Studenten Geld brauchen", erwidert Lizzy und zieht die Stirn in Falten.

"Allerdings weiss er das. Aber er hat mir auch geschrieben, er hätte noch nicht vergessen, wozu Studenten Geld brauchen."

SPD. Ganz natürlich. "Die Japaner scheinen nicht viel übrig zu haben für den Völkerbund."

"Wieso?"

"Na, sie sehen ihn doch offenbar mit sehr schiefen Augen an."
